

29/1998

Sicherheit statt Risiko FÜR DEUTSCHLAND

Helmut Kohl rechnet fest mit einem Wahlsieg der Koalition am 27. September. Er hat die große Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger bei seinen Kundgebungen hautnah erfahren: 15.000 in Nürnberg, 10.000 in Leipzig und noch einmal 15.000 in Hannover dieser Tage erst – mehr als 250.000 sind bisher gekommen und haben ihm zugehört.

„In den letzten Wochen, möglicherweise sogar erst in den letzten vierzehn Tagen“ werden nach Ansicht des Bundeskanzlers die endgültigen Entscheidungen bei dieser Bundestagswahl fallen. Umfragen sind deshalb nur von geringer Aussagekraft.

Was sich dagegen schon heute deutlich abzeichnet: eine sehr hohe Wahlbeteiligung, die, wie der Bundeskanzler auf einer Pressekonferenz am 1. September im Konrad-Adenauer-Haus erklärte, „in der Nähe von 80 Prozent liegen wird“.

Was sich da abzeichnet, ist gleichzeitig das Signal dafür, daß die Wählerinnen und Wähler begriffen

HEUTE AKTUELL

● 27. September

Generalsekretär Peter Hintze: Wir wollen am Wahltag den Höhepunkt der Zustimmung erreichen. Seite 4

● Sozialdemokraten

Matthias Wissmann: An wirtschaftspolitischer Inkompetenz kaum mehr zu übertreffen. Seite 8

● Europa

Reimer Böge: Schröder ist den Herausforderungen der Europa-Politik nicht gewachsen. Seite 12

● Arbeitsplätze

Arbeitsmarktatlant: Die Spitzenreiter liegen allesamt in Ländern, in denen die Union Regierungsverantwortung trägt. Seite 15

● Steuerpolitik

Friedrich Merz: Niedriger – einfacher – gerechter. Tagesordnung für die 14. Legislaturperiode. Seite 25

Fortsetzung auf Seite 3

Trendwende auf dem Lehrstellenmarkt

1997 konnte zum erstenmal seit 1984 auch in den alten Bundesländern ein Lehrstellenzuwachs verzeichnet werden. Die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge stieg gegenüber dem Vorjahr um 20.000. Für das kommende Ausbildungsjahr sind von Oktober 1997 bis Ende Juli

dieses Jahres bislang insgesamt 543.755 Lehrstellen gemeldet worden. Damit ist die Zahl der bei der Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten Stellen ebenso hoch wie im Vorjahresmonat, was seit der Wiedervereinigung bisher noch nicht der Fall gewesen ist.

„Links, rechts? Rechts, links? Oder vielleicht scharf rechts?“

Schröder als Doppelkopf – nach links und gleichzeitig nach rechts blickend: Das ist der Blickfang auf der Anzeige eines Autoverleihers, der seine Pkws mit Navigationssystem für alle die anpreist, „die noch nicht genau wissen, wo sie hinwollen“.

Werbeagenturen setzen auf optimale Wirkung und vergeuden das Geld ihrer Kunden nicht an schlechte Beispiele.

Schröders Unschlüssigkeit hat es im Handumdrehen geschafft. Die „Süddeutsche Zeitung“ zählt bereits vor der Niedersachsen-Wahl 50 Gründe auf, die „für“ den SPD-Mann sprechen:

Grund 25:
Schröder ist für den Euro.

Grund 26:
Schröder ist gegen den Euro.

Grund 27:
Schröder ist für den Lauschangriff.

Grund 28:
Schröder ist gegen den Lauschangriff.

Die Liste läßt sich beliebig fortsetzen: Für und gegen die Ausbildungsplatzabgabe – für und gegen verschärfte Zumutbarkeit in der Arbeitslosenversicherung – für und gegen die Absenkung des Spitzensteuersatzes – für und gegen die Rentenreform – für und gegen die Deutsche Einheit – für und gegen – für und gegen ...

Lothar Späth am 23. August beim Wahlkampfauftritt der CDU in der Dortmunder Westfalenhalle: „Wenn Sie mich fragen, warum ich dafür kämpfe, daß Helmut Kohl die nächste Regierung führt, dann deshalb, weil ich mich lieber auf einen alten Elefanten mit sicherem Gespür verlasse als auf fröhliche Anfänger, die nicht wissen, wo es lang geht.“

M
W
O
C
H
E
N
E
N
D
E

Noch einmal

ist die westdeutsche Preissteigerungsrate gesunken: im August auf 0,7 Prozent. Im Juli hatte sie noch 0,9 Prozent betragen. Die Preise für die Lebenshaltung der privaten Haushalte gingen binnen Monatsfrist um 0,1 Prozent zurück.

JenOptik

ist weiter auf Wachstumskurs und will 1998 erstmals eine Dividende zahlen. Der Konzernumsatz hat sich in den ersten Monaten des Geschäftsjahres 1998 binnen Jahresfrist um 45,6 Prozent auf 1,04 Milliarden DM erhöht.

Bedrückend

Bundesverteidigungsminister Volker Rühle: „Inzwischen ist für jedermann klar, daß der Hauptmühlstein um den Hals der SPD die Grünen sind. Das wird die Sozialdemokraten um die Chance bringen, die sie mal gehabt haben.“

„Schreiend“

fahndet die Computerbranche nach Arbeitskräften. Statt der 43.000 Arbeitsplätze die 1997 in Deutschland neu entstanden sind, hätten mit geeignetem Nachwuchs gut doppelt so viele besetzt werden können.

Pünktlichkeit

gehört nach einer Ennid-Umfrage neben guten Tischmanieren zu den wichtigsten Tugenden der Deutschen. Fast Zwei-Drittel der Befragten finden es sehr wichtig, daß Verhandlungen auf die Minute genau eingehalten werden.



Sixt hat Autos für Leute, die noch nicht genau wissen, wo sie hinwollen.

Daß ausgerechnet der SPD-Kanzlerkandidat als Paradebeispiel für den Wankelmütigen vorgeführt wird, dem man erst zeigen muß, „welche Richtung er einschlagen soll“, gibt zu denken.

Es dauert nämlich in der Regel eine ganze Weile, bis z.B. Oskar redensartlich wird und man ganz selbstverständlich von „frech wie Oskar“ spricht.

Claudia Nolte: Die Kindheit in Deutschland ist eine gute Kindheit

Sie können gesund aufwachsen, ihnen stehen Spielplätze, Kindergärten und Schulen offen. Das sind die wichtigsten Gründe für das Urteil der Sachverständigen des 10. Kinder- und Jugendberichts: Die Kindheit in Deutschland ist eine gute Kindheit.

Trotzdem - so Bundesjugendministerin Claudia Nolte - leben wir „in einer kinderentwöhnten Gesellschaft“. Um dem

entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren für Familien und Kinder zahlreiche Verbesserungen durchgesetzt.

Allein in dieser Legislaturperiode ist der Familienlastenausgleich um rund 35 Prozent auf 50 Milliarden DM erhöht worden. Die Familienleistungen des Bundes betragen 1997 fast 77 Milliarden DM. Die Aussagen der Jugendbe-

richtskommission über einen Anstieg von Kinderarmut wies Frau Nolte entschieden zurück.

Die von der Kommission benutzte Definition ist nach Ansicht der Bundesjugendministerin kein Maßstab zur Messung von „Armut“: Selbst wenn sich bei dieser Definition alle Einkommen verdoppeln würde, bliebe der Armutsanteil unverändert.

Roman Herzog: Nicht wählen ist verantwortungslos

Bundespräsident Roman Herzog hat die Bundesbürger eindringlich aufgefordert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

„Nicht zu wählen ist – ich benutze bewußt ein ziemlich hartes Wort – verantwortungslos“, mahnte das Staatsoberhaupt zum 50. Jahrestag der konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rats im Bonner Museum Koenig.

Wer dem Nichtwählen mit „dem platten Schlagwort“ der „Politikverdros-

senheit“ ein Stück moralische Legitimation hinterherwerfe, „der macht Demokratie zu billig“. Herzog betonte, wer sich durch die Gewählten nicht vertreten fühle, solle selbst antreten. „Aber nichts tun zu wollen und zu kritisieren, daß die Handelnden das Falsche tun, das akzeptiere ich nicht. Es gibt viele demokratische Tugenden; aber die Bequemlichkeit gehört nicht zu ihnen“, sagte Herzog

Fortsetzung von Seite 1

haben: Es geht ums Ganze: Koalition der Mitte oder Rot-Grün, wobei SPD und Grüne bisher jedenfalls nicht ausgeschlossen haben, eine Regierung eventuell sogar mit Hilfe der PDS zu bilden.

Sicherheit statt Risiko

Daher lautet die zentrale Botschaft für den Wahlkampf „Sicherheit statt Risiko für Deutschland“, wie es auf dem Schlußplakat steht, das Helmut Kohl der Bonner Presse vorstellte, und wie es die Wahlspots der CDU für die Fernsehwerbung der Parteien variieren.

Bei deren Präsentation legte der Parteivor-sitzende großen Wert auf die Feststellung, daß die CDU mit eigenen Kräften und Ideen die finanzielle Überlegenheit der SPD ausgeglichen hat.

„Ich bin Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, und das will ich übrigens auch bleiben. Das dürfte sich inzwischen auch rumgesprochen haben.“

**Bundeskanzler Helmut Kohl
auf der Pressekonferenz
im Konrad-Adenauer-Haus**

Mit 50 Millionen Mark steht im Wahlkampf-Etat der CDU nämlich nur die Hälfte der Mittel, über die die SPD – diesmal ganz offensichtlich als „Partei des großen Geldes“ – verfügt.

Mit der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth und dem sächsischen Umweltminister Arnold Vaatz hat Helmut Kohl zwei weit über die Grenzen ihres unmittelbaren politischen Wirkungsfelds hinaus bekannte Politiker zur Mitarbeit bei den TV-Spots überredet, und das Ergebnis zeigt: Die Mühe hat sich gelohnt.

Ab Donnerstag, den 3. September können sich alle Fernsehzuschauer der privaten Rundfunkanstalten davon überzeugen.

DOKUMENTATION

Schröders Bilanz in Niedersachsen ist niederschmetternd. Grüner Teil

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir wollen am 27. September den Höhepunkt der Zustimmung erreichen

„Wir liegen exakt im Zeitplan und machen Wahlkampf ‚al dente‘, das heißt: Wir wollen am 27. September den Zustimmungshöhepunkt erreichen und Rot-Grün weichgekocht haben.“

Mit diesen Worten begann Generalsekretär Peter Hintze auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit dem niedersächsischen Landesvorsitzenden Christian Wulff am 31. August im Konrad-Adenauer-Haus seinen Bericht von den Beratungen in Präsidium und Bundesvorstand und stellte mit Genugtuung fest:

Wir haben volle Veranstaltungen, erfahren Zustimmung an den Ständen. Wir haben in Umfragen die absolute Mehrheit gegen Rot-Grün. Denn es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Rot-Grün – mit oder ohne Kommunistenbeteiligung – ein Verhängnis wäre.

Deutlich aufwärts

Peter Hintze: Wir haben eine deutliche Aufwärtsbewegung in den neuen Ländern und allen Anlaß zu Optimismus, wenn es jetzt in die Zielgerade geht.

Unser Wahlziel ist es, unsere Position als Nummer 1 gegenüber 1994 auszubauen und die Koalition der Mitte fortzusetzen.

Die Freien Demokraten versuchen, bei den Unionsanhängern nach Zweitstimmen zu fischen. Wir werden diesen Versuch unterbinden.

Natürlich soll die Mehrheit der Koalition verbreitert werden, aber zu diesem Zweck sollen sich die Freien Demokraten darauf konzentrieren, Wählerinnen und Wähler anderer Parteien anzusprechen.

Ich bin sicher, daß bei diesen Wahlen der Wunsch unserer Anhängerschaft, uns als Nummer 1 zu stärken, so groß ist, daß eine FDP-Werbung um Zweitstimmen zum Scheitern verurteilt ist.

Ein neues Thema

Die letzten Tage haben gezeigt: Der Wahlkampf hat ein neues Thema gefunden. Die Krisensituation in Rußland, aber auch die dramatische Entwicklung im Kosovo werden die Bundestagswahlen sehr stark bestimmen. Denn im Urteil der Wählerinnen und Wähler kommt Deutschland eine wichtige Führungsaufgabe in Europa zu:

- als Garant für Stabilität und
- als Stabilitätsanker in einer sehr bewegten Zeit.

Für die Wählerinnen und Wähler wird wichtig, daß die Wahlentscheidung am 27. September auch eine Entscheidung über die Außenpolitik mit ihren Rückwirkungen auf die Innenpolitik ist.

Der alte Grundsatz wird bewußt, daß Instabilität in Osteuropa Instabilität in ganz Europa nach sich ziehen kann und daß deswegen in den nächsten Jahren ein Mann an der Spitze stehen muß, auf den der amerikanische Präsident, der russische Präsident, auf den die Staats- und Regierungschefs Europas hören, dessen Wort Gewicht hat.

Wir werden den Wählerinnen und Wählern in der Schlußphase des Wahlkampfes klar machen, daß die Wahlentscheidung am 27. September eine Entscheidung zwischen Sicherheit und Risiko ist, daß CDU und CSU Sicherheit garan-

tieren und dafür sorgen werden, daß Deutschland für die Sicherheit in Europa eine wichtige Rolle spielt.

Es liegen noch vier Wochen vor uns. Einer der Höhepunkte in dieser Endphase des Wahlkampfs ist die Bundestagsdebatte über den Haushalt 1999.

Von der Gegenseite wird viel vom Kas- sensturz geschwätzt, aber alle Zahlen liegen auf dem Tisch. SPD und Grüne können antreten und sagen, was sie mit den Zahlen anders machen wollen.

Da paßt es ganz gut, wenn die Grünen jetzt mit ihrem Sofortprogramm kommen, einem Schockprogramm für Deutschland, das in einer ganz neuen Weise zeigt, was Herr Stollmann mit „Wirtschaftswunder“ auch meinen könnte: daß sich die Wirtschaft nämlich nur wundern würde.

Die Grünen fordern die üblichen Geschichten von der Drogenfreigabe über den Ökosteuerhammer bis hin zur Staatsbürokratie im Bereich der Ausbildung – Stichwort „Umlageverfahren bei den Ausbildungsplätzen“. Sie versprechen den Menschen, was sie durch ihr eigenes Programm bereits im Ansatz zerstören.

Eine Regierungserklärung

Wir werden die Haushaltsdebatte zu einer großen Abrechnung mit dem Versagen rot-grüner Politik in den Ländern, aber auch mit den Gefahren rot-grüner Politik für Deutschland machen.

Der Bundeskanzler wird seine Politik für die kommenden Jahre darstellen, eine Regierungserklärung für die Jahre 1998 bis 2002 abgeben und damit deutlich machen, was Deutschland in der Zeitenwende zu bewältigen hat:

- in der Innenpolitik,
- für Wachstum und Beschäftigung und
- in der Außenpolitik.

All diese Bemühungen um mehr Wachstum und Beschäftigung bleiben erfolglos, wenn die große Krise, die sich in Osteuropa abzeichnet, nicht beherrscht wird. Hier muß ein Zusammenwirken zwischen Kohl und Clinton, Kohl und Chirac, Kohl und Blair stattfinden, damit die Entwicklung vor allem in Rußland nicht außer Kontrolle gerät.

In diesen Tagen wird mehr denn je für jeden deutlich, daß es gilt, auf Sicherheit und Kompetenz zu setzen und nicht auf das Risiko eines rot-grünen Abenteuers.

Schockprogramm für Deutschland

Zu den am 31. August veröffentlichten Grünen-Plänen erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die Grünen wollen den Einstieg in eine andere Republik. Nach 5-Mark-Benzin und Abschaffung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe für brutale Mörder sind die nächsten Hämmer doppelte Staatsbürgerschaft und unbegrenzte Zuwanderung.

Die SPD hat mit ihrem Startprogramm eine Vollbremsung des Aufschwungs

angedroht, jetzt wollen die Grünen mit Gewalt den Rückwärtsgang einlegen.

Unkalkulierbares Risiko

Ihr Programm beschreibt den Ausstieg aus dem Aufschwung: Mit Folterwerkzeugen wie Ökosteuern und Lehrlingssteuer rücken sie dem Mittelstand zu Leibe. Massive Steuererhöhungen sind bei den Grünen Programm. Rot-Grün ist ein unkalkulierbares Risiko für Deutschland.

Wechselhaft und unzuverlässig

Christian Wulff charakterisiert auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus am 31. August die Politik des niedersächsischen Ministerpräsidenten:

Der CDU-Bundesvorstand sieht die jetzt beginnende Woche als eine ganz besonders wichtige Woche für die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an, weil es in dieser Woche um das Budgetrecht des Parlaments und um den Haushalt für 1999 geht und weil wir über Substanz und Konzepte der im Bundestag vertretenen Parteien streiten wollen.

„Gebt mir vier Jahre“ – das kann doch keine Mogelpackung sein, keine Aufforderung an die Wähler, ohne zu sagen, wofür und mit wem. Deshalb empfinden wir die Wahlkampfführung der Sozialdemokraten als empörend, vor allem vor dem Hintergrund der Politik des Kanzlerkandidaten Schröder in dem von ihm seit 8 Jahren regierten Bundesland.

Landeshaushalt erst 1999

Da wird Kassensturz für die Bundesrepublik gefordert, aber in Niedersachsen hat die Landesregierung wenige Tage nach dem Wahlsieg vom 1. März entschieden, den Haushalt 1999 erst im November 1998 aufzustellen und ihn im Januar 1999 beschließen zu lassen.

Daß die Landesregierung Schröder den Landeshaushalt nicht vor dem 27. September vorlegt, wie das Theo Waigel für den Bund gemacht hat, hängt damit zusammen, daß kein Ministerpräsident in Deutschland so häufig wegen Verfassungsbruch verurteilt worden ist wie Gerhard Schröder. Allein in Haushaltsfragen gibt es drei Entscheidungen aus der jüngsten Zeit, die das Haushaltsgebaren der Landesregierung abschließend als verfas-

sungswidrig bezeichnet haben.

So hat der Staatsgerichtshof in Bückeburg erklärt, daß die Landesregierung allein in einem Haushaltsjahr eine Milliarde mehr Schulden gemacht hat, als es die Verfassung zuläßt, und daß der kommunale Finanzausgleich um mehr als 500 Millionen DM verfassungswidrig gekürzt worden ist.

Da ein Haushaltsloch von 4,8 Milliarden DM für die kommenden beiden Haushaltsjahre besteht, will die Landesregierung den unumgänglichen Offenbarungseid auf einen Termin nach dem 27. September verschieben.

Investitionen verzögert

Daß bei einer derart späten Verabschiedung des Haushalts 1999 auch die staatliche Investitionstätigkeit bis Mitte 1999 auf tönernen Füßen steht, ist für jeden ersichtlich.

Ich habe im Bundesvorstand vorgetragen, daß wir vollmundige Versprechungen wie im SPD-Start- und -Hunderttage-Programm in Niedersachsen seit langem im Detail kennen.

Gerhard Schröder hat 1994 die Verdoppelung der Mittel für die Hochschulen versprochen. Anschließend sind 1.100 Stellen an den Hochschulen gestrichen und im Umfang von 300 Millionen DM Kürzungen vorgenommen worden. 1.100 Lehrer zusätzlich sind versprochen worden, 3.000 Lehrerstellen wurden daraufhin gestrichen. Diese Reihe könnte man fortführen.

Ich habe im Bundesvorstand unter großer Zustimmung vorgetragen, wie Schröder heiße Luft produziert, wie gespart wird und mit Weichspülerpolitik der Einzug ins Kanzleramt geschafft werden soll.

Da wird im Startprogramm beispielsweise ein Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit



Rubbelkarten-Spiel – Ein voller Erfolg!

Lange Warteschlangen vor dem Messestand der CDU auf der Computer-Messe Cebit-Home waren der Beweis. Das neu konzipierte Rubbelspiel (vorgestellt in UiD 27/98) war der Garant für ein überwältigendes Interesse der Messebesucher. Obwohl die Messe insgesamt einen Besucherrückgang zu verzeichnen hatte und manche Stände, wie die anderer Parteien, gähnende Leere aufwiesen, wurde der CDU-Stand an fünf vollen Tagen permanent bestürmt.

Die Rubbelkarten sind in Einheiten zu 240 Expl. mit jeweils verschiedenen Feldern verpackt, das heißt die Gewinnfelder sind auf jeder Karte wieder neu verteilt.

Bestell-Nr.: 9497 • Verpackungseinheit: 240 Expl. • Preis je 240 Expl.: 25,50 DM

keit gefordert und angekündigt, aber in Niedersachsen lehnt die SPD-geführte Mehrheit ein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit seit Jahren bis in die letzten Monate hinein ab. Dabei haben wir eine Jugendarbeitslosigkeit unter den 25-Jährigen in Höhe von 13,9 Prozent.

Ein Bündnis für Arbeit ist in Niedersachsen gescheitert, weil die Gewerkschaften das Bündnis für Arbeit verlassen und mit dem Hinweis aufgekündigt haben, der Ministerpräsident sei wechselhaft und unzu-

verlässig, die Landesregierung habe nur Appelle, aber keine Taten gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Diese Beispiele werden ganz entscheidend sein für die Frage, wem die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland am 27. September ihre Stimme geben.

Denn die Bürgerinnen und Bürger machen ihre Entscheidung von der Frage abhängig, mit wem sie für sich, für ihre Familie und für das Land eine bessere Zukunft verbinden.

An wirtschaftspolitischer Inkompetenz kaum mehr zu übertreffen

Zu den mittelstandspolitischen Äußerungen des SPD-Kanzlerkandidaten Schröder erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher des CDU-Bundesvorstands, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Die Ankündigung von Schröder, im Falle eines Wahlsieges im Bundeskanzleramt eine „Querschnittsstelle Mittelstand“ zu schaffen, ist der klägliche Versuch, vom wirtschaftspolitischen Versagen der SPD in der Mittelstandspolitik abzulenken. Der Mittelstand braucht gute ordnungspolitische Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen. Was die SPD hier zu bieten hat, ist an wirtschaftspolitischer Inkompetenz kaum mehr zu übertreffen:

Die Steuerpläne der Opposition treffen vor allen Dingen die Unternehmen und damit den Kern unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft.

- Die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer zeigt ganz klar, daß die SPD mehr statt weniger Steuern will. Die private Vermögenssteuer hätte eine zusätzliche Steuerbelastung von 2 Mrd. DM zur Folge!

- Die Einführung einer Mindeststeuer würde weitere notwendige Investitionen in Ostdeutschland behindern und den Aufschwung Ost stoppen. Sie würde eine Komplizierung des Steuersystems nach sich ziehen.

- Die Einführung der Stromsteuer und die Erhöhung der Mineralölsteuer bedeuten eine steuerliche Mehrbelastung zwischen 15,3 Mrd. DM und 37,9 Mrd. DM!

- Hinter der Ankündigung, künftig auch Freiberufler und Selbständige „in den Genuß der günstigen Unternehmensbesteue-

rung kommen zu lassen“ steht der Plan, für diese auch die Gewerbesteuer einzuführen. Das Gewerbesteueraufkommen stiege um 5 bis 6 Mrd. DM!

Geradezu ein mittelstandspolitisches „Killerprogramm“ ist auch die Ankündigung der SPD, im Falle eines Wahlsieges wichtige Reformen zur Stärkung der Wirtschaft und insbesondere mittelständischer Unternehmen zurückzunehmen:

- Gesundheitsreform, Rentenreform und Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall führen zu einer Entlastung der Lohnzusatzkosten, insbesondere für den Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Ohne die Gesundheitsreform 1997 hätte das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen ca. 10 Mrd. DM betragen. Der Beitragssatz hätte weiter angehoben werden müssen. Einige Krankenkassen haben nun Beitragssatzsenkungen angekündigt – dies ist ein gutes Signal auch für mehr Arbeitsplätze.

- Das Inkrafttreten der Rentenreform ab 1999 wird die Rentenbeiträge stabilisieren und damit die Lohnzusatzkosten begrenzen. Eine Rücknahme würde Mehrkosten von 15 Mrd. DM in den ersten fünf Jahren und von 150 Mrd. DM in 10 Jahren verursachen. Die von der SPD angekündigte Neuordnung des Rentensystems führt bis zum Jahr 2030 zu kumulierten Mehrausgaben von 500 Mrd. DM. Die dadurch steigenden Lohnzusatzkosten würden die deutschen Unternehmen in der Wettbewerbsfähigkeit unwiderruflich zurückwerfen.

- Die Neuregelung der Lohnfortzahlung entlastet die Unternehmen in Höhe von 20 Mrd. DM. Allein im Handwerk wenden

Junge Menschen haben keine Zukunft im Riesterschen Gewerkschaftsstaat

Generalsekretär Peter Hintze zur SPD-Forderung nach neuen Programmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit:

Riesters Wegbeschreibung führt in die mückigen Sümpfe der Verbürokratisierung der Wirtschaft. Das kostet Arbeitsplätze und führt vom verheißenen Ziel weg.

Die Jugendarbeitslosigkeit der unter 20jährigen ist im rot-grün-regierten Nordrhein-Westfalen (13,0 Prozent) und SPD-regierten Niedersachsen (12,1 Prozent) doppelt so hoch wie im

CSU-regierten Bayern (5,3 Prozent) und CDU-geführten Baden-Württemberg (5,9 Prozent). Während in diesen unionsgeführten Ländern die Jugendarbeitslosigkeit signifikant niedriger ist als die durchschnittliche Arbeitslosenquote, liegt sie in den SPD-geführten Ländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen deutlich darüber.

Im Riesterschen Gewerkschaftsstaat haben junge Menschen keine Zukunft. Die CDU bereitet Deutschland auf das 21. Jahrhundert vor – die SPD-Rezepte führen zurück ins 19. Jahrhundert.

fast 50 % der Betriebe die neuen Möglichkeiten an. Diese Regelung ist daher ein wichtiger Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelstand.

● Wir haben die Schwelle für den Kündigungsschutz heraufgesetzt; dies hat nach einer Umfrage beim Handwerk bereits zu rd. 20.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt. Wenn sich die konjunkturelle Situation weiter verbessert, wollen rd. 40 % der Handwerksbetriebe zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Dies wären rd. 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

● Wir haben auch die Möglichkeit zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge erweitert. Dies wird im Handwerk bereits von rd. 13 % der Betriebe genutzt; das entspricht rd. 150.000 Arbeitsplätzen.

Die große Anzahl der mittelständischen Unternehmen ist ein wesentlicher Vorzug Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb. Deshalb hat die Union mit ihrem Zukunftsprogramm eine Offensive für Existenzgründer und einen selbständi-

gen Mittelstand ergriffen. Zentrales Anliegen unserer Mittelstandspolitik wird es auch künftig sein, den mittelständischen Unternehmen ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, damit sie ihren entscheidenden Vorzug, nämlich Kundennähe, Flexibilität und Service, voll zum Tragen bringen können. An erster Stelle unserer Mittelstandsoffensive steht die Umsetzung der großen Steuerreform bei Lohn- und Einkommensteuer mit einem Nettoentlastungsvolumen von 30 Mrd. DM für alle Einkommensgruppen. Im Gegensatz zur SPD, die mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Einführung einer Mindeststeuer insbesondere beim Mittelstand abkassieren will, sieht das Zukunftsprogramm der Union eine wesentliche Steuer- und Abgabentlastung der deutschen Wirtschaft und vor allem des Mittelstands vor. Eine solche Steuerentlastungsstrategie wird die Dynamik unserer Wirtschaft verstärken und Hunderttausende neuer Arbeitsplätze schaffen. ■

Schwammig und doppelzüngig

Schröders Schaulaufen vor Handwerk und Mittelstand

Zur Auftaktveranstaltung Schröders im Werben um den Mittelstand auf Schloß Arensburg in Rinteln zum Thema „Hat der Mittelstand Zukunft?“ am 26. August erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Handwerk und Mittelstand haben nur dann in Deutschland eine Zukunft, wenn die Union die Bundestagswahl gewinnt. Schröder und die SPD sind wirtschaftspolitisch inkompetent und konzeptionslos. Schröder versucht, dies mit Medieninszenierungen und flotten, aber schwammigen Sprüchen zu überdecken, zumal er weiß, daß die Parteilinke unter Lafontaine nach dem Wahltag ihre Forderungen durchsetzen wird. Wer deshalb im Ernst glaubt, daß sich die von Sozialneid durchtränkte und mit Umverteilungsabsichten gespickte Politik der SPD ändern wird, braucht nur einen Blick in Wahlprogramm, 100-Tage-Programm oder Schröders Mittelstandskonzept zu werfen. Dort findet sich die Handschrift Lafontaines. Schwarz auf weiß ist dort nachzulesen, daß kein mittelständischer Unternehmer den vollmundigen Versprechungen Schröders trauen kann.

Das sind die Fakten:

- Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer
- Einführung einer Mindeststeuer, die gerade investierende Unternehmen belastet
- Ausbildungsplatzabgabe
- Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbständige

- Einbeziehung aller Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung
- Rückgängigmachung erfolgreicher Sozial- und Arbeitsmarktreformen.

Steuererhöhungen, Steigerung der Lohnnebenkosten und Anstieg der Arbeitslosigkeit sind die Konsequenzen. Der arbeitsintensive Mittelstand wäre hiervon besonders getroffen, denn immerhin arbeiten dort zwei von drei Arbeitnehmern und werden rd. 80 % aller Lehrlinge ausgebildet. Eine Schmälerung der Investitionsrenditen mittelständischer Unternehmen dürfte dann unvermeidlich sein. Das entspricht aber auch dem Credo von Lafontaine, der im FOCUS sagte: „Unternehmen reagieren nicht auf Wohltaten!“

Einer mittelstandsfreundlichen Politik hat sich die SPD in der ablaufenden Legislaturperiode oft genug verweigert. Die dringliche Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer wurde mit fadenscheinigen Argumenten immer wieder verzögert, eine mittelstandsfreundliche Absenkung der Gewerbesteuer hat die SPD abgelehnt. Gleichzeitig halbiert Schröder die Wirtschaftsförderung in Niedersachsen im Laufe seiner Amtszeit.

Die SPD versagt, wenn es darauf ankommt. So hat das von Lafontaine geführte Saarland die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller westdeutschen Flächenländer. Wie aber soll jemand, der die Finanzen seines kleinen Bundeslandes ruiniert, als designerter Finanzminister Schröders einen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und zur Senkung der Steuerbelastung leisten? Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht.

Unverantwortliche Stimmungsmache

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, erklärt zur Diskussion über den 10. Kinder- und Jugendbericht:

Wer Kinder erzieht, erbringt eine Leistung für die gesamte Gesellschaft. Diese Erziehungsleistungen anzuerkennen und die Eltern von den Kosten für Kinder teilweise zu entlasten, ist zentraler Gedanke der Familienpolitik der unionsgeführten Bundesregierung. Für die Familie hat sie folgende wegweisende Maßnahmen durchgesetzt:

- Erziehungsurlaub, drei Jahre für jedes Kind, mit Beschäftigungsgarantie.
- Erziehungsgeld; 600 DM monatlich bis zu zwei Jahren.
- Steuerfreistellung des Existenzminimums.
- Kindergeld; ab 1997 werden für erste und zweite Kinder je 220 DM im Monat gezahlt und für jedes weitere Kind 300 DM.
- Kinderfreibetrag; Anhebung des Kinderfreibetrages von 432 DM je Kind auf 6.912 DM.
- Neuregelung des Kindschaftsrechts, gemeinsame Verantwortung von Vätern und Müttern wurde stärker in den Vordergrund gerückt.
- Verbesserung beim Unterhaltsvor-schußgesetz.
- Pflege kranker Kinder, 10 Tage Freistellung berufstätiger Mütter oder Väter.
- Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rente.
- Anhebung der Ausbildungsförderung auf 995 DM (alte Länder) und 985 DM (neue Länder).

Während von der SPD-geführten Bundesregierung 1982 gerade einmal 27,5 Milli-

arden DM für Familien ausgegeben wurden, so wurde unter der Verantwortung der unionsgeführten Bundesregierung die Förderung auf rd. 77 Milliarden DM in 1997 gesteigert.

Wer in diesem Zusammenhang von Kinderarmut in Deutschland spricht, handelt verantwortungslos. Auch die Gleichsetzung von Armut und Sozialhilfebezug ist zutiefst unseriös. Sozialhilfe gewährleistet den Schutz vor Armut und Not. Sie sichert nicht nur die Grundbedürfnisse des Lebens, sondern auch die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Wer trotzdem von Armut spricht, betreibt unverantwortliche Stimmungsmache.

Die Bundesregierung sieht die besondere Situation von Alleinerziehenden. Deshalb hat sie auch da gehandelt. Alleinerziehende, die auf Sozialhilfe angewiesen sind,

Armut ist zum politischen Kampfbegriff geworden. Die Opposition wirft ihn als moralischen Imperativ in die Debatte.

Rheinischer Merkur

erhalten Mehrbedarfszuschläge. Außerdem besteht Anspruch auf Erziehungsgeld, das nicht auf Sozialhilfe angerechnet wird. Eine alleinerziehende Frau mit einem Kind erhält an monatlicher Hilfe zum Lebensunterhalt 1.700 DM. Mit zwei Kindern erhöht sich dieser Betrag auf mehr als 2.500 DM. Hinzu kommt Erziehungsgeld bis zur Altersgrenze.

Sobald finanzielle Spielräume vorhanden sind, wird die unionsgeführte Bundesregierung die familienpolitischen Leistungen weiterhin verbessern. Finanzielle Spielräume wollen wir zugunsten der Familie nutzen. ■

Schröder ist den Herausforderungen der Europapolitik nicht gewachsen

– Beispiele für das Versagen der SPD –

Der europäische Einigungsprozess ist eine ähnlich große Aufgabe wie die Deutsche Einheit. Nur mit einer weit-sichtigen, grundsatztreuen, verlässlichen und berechenbaren Politik sind die Herausforderungen zu bewältigen.

Schröder: Kein Format für große Aufgaben

Der Kandidat der SPD, Gerhard Schröder, ist ein Zögerer und Zauderer in der Europapolitik und zeigt sich hier ebensowenig der Größe der Aufgabe gewachsen, wie er dies 1990 getan hat, als er als einer der ganz wenigen gegen die innerdeutsche Wirtschafts- und Währungsunion, die der Wegbereiter zur deutschen Einheit war, gestimmt hat.

Ebenso haben Schröder und Lafontaine den Vertrag von Maastricht und die Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – beide Verträge sind eine logische Konsequenz aus den Gründungsverträgen und in der einheitlichen Europäischen Akte von 1985 vorgezeichnet – als Spielball der SPD-Parteitaktik vor den Abstimmungen im Bundesrat mißbraucht. Zu Recht bezeichnete der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt Schröder deswegen als „strategischen Pygmäen“ (Spiegel 24. 2. 1997).

SPD: Aufgabe der Stabilitätspolitik in Europa

Die SPD hingegen will die Stabilitätspolitik, die Bundeskanzler Helmut Kohl und

Bundesfinanzminister Theo Waigel in Europa durchgesetzt haben und die den EURO schon jetzt zu einem Erfolg macht, von Deutschland ausgehend aushebeln. Bereits der SPD-Bundesparteitag im Dezember 1997 plädierte für eine weitergehende Auslegung des Defizitkriteriums. Anfang März 1998 forderte die SPD-Eu-

Von Reimer Böge MdEP

ropaabgeordnete Christa Randzio-Plath die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums gegen den Präsidenten der Europäischen Zentralbank. Das ist ein Angriff auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank!

SPD: Chaotische Ausländerpolitik

Die Sozialdemokraten stehen für Chaos in der europäischen Asyl- und Immigrationspolitik. Im Innen- und Rechtsausschuß des Europäischen Parlaments hat die linke Ausschlußmehrheit unter anderem folgende Anträge eingebracht:

- Die Familienzusammenführung soll nicht nur auf Kinder bis zu 18 Jahren und auf Ehegatten, sondern auch auf Lebenspartner und Großeltern ausgedehnt werden.
- Drittstaatler mit Daueraufenthaltsrecht sollen das Kommunalwahlrecht erhalten wie jeder Unionsbürger.

● Das Angebot von offenen Stellen sollte ausreichend sein, um einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung zu begründen.

● Saisonarbeitnehmer sollten die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung erhalten.

Die Folgen kann sich jeder ausmalen: Schon heute leben 5,2 Millionen Drittstaatler in der EU, die Hälfte davon in Deutschland. Die EU-weite Zuwanderung pro Jahr liegt bei circa 500.000 durch Familiennachzug, Spätaussiedler und Asylbewerber.

Die europäischen Sozialdemokraten haben noch einen draufgesetzt: Einem Antrag der EVP-Fraktion, der darauf abzielte, Drittstaatler, die schwerste Straftaten begangen haben – Verurteilung von drei Jahren oder mehr – auszuweisen, versagten sie die Zustimmung.

Rot-Grün: Keine Konzepte für ein starkes, auch nach außen handlungsfähiges Europa

Der europäische Einigungsprozeß braucht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU muß handlungsfähig sein, damit sie einen Beitrag zur Lösung von Konflikten in Europa leisten kann.

Rot-Grün ist dagegen: Die SPD zeigte ihre Haltung bereits durch einen Beschluß ihres Bundesparteitages vom 16./17. November 1992: „... werden wir die Pläne zum deutsch-französischen Korps beiseite legen und die Petersberg-Erklärung der WEU nicht ratifizieren.“ Erst nachdem sogar die bündnisfreien Staaten der EU Österreich, Schweden und Finnland sich bereit erklärten, die Petersberg-Aufgaben in den EU-Vertrag von Amsterdam zu integrieren, widerspricht die SPD nicht mehr offen dem Aufbau einer europäischen Verteidigung. Die Grünen setzen dieser Verweigerungshaltung offene Ablehnung gegenüber: Die grüne Bundestagsabgeordnete Angelika Beer sagte: „Mein Vorwurf ist, daß auf diesem Übungsplatz Bosnien Szenarien ein-

geprobt werden, die später bei ganz anderen Einsätzen . . . durchgeführt werden.“

SPD: Unwirksame Verteilungspolitik

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit trägt die SPD in Europa keinen Jota bei. Außer Forderungen zu neuen finanzträchtigen Beschäftigungsprogrammen – verkleidet in einem europäischen Beschäftigungspakt – hat sie nichts zu bieten. Wer sich dem deutschen Beschäftigungspakt durch Verweigerung von Steuer- und Strukturreformen entzieht, ist europäisch nicht glaubwürdig. Der richtige Weg kann nicht heißen: neue teure Programme; sondern er heißt: Strukturreformen und Koordinierung der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

SPD: Zwiespältige Agrarpolitik

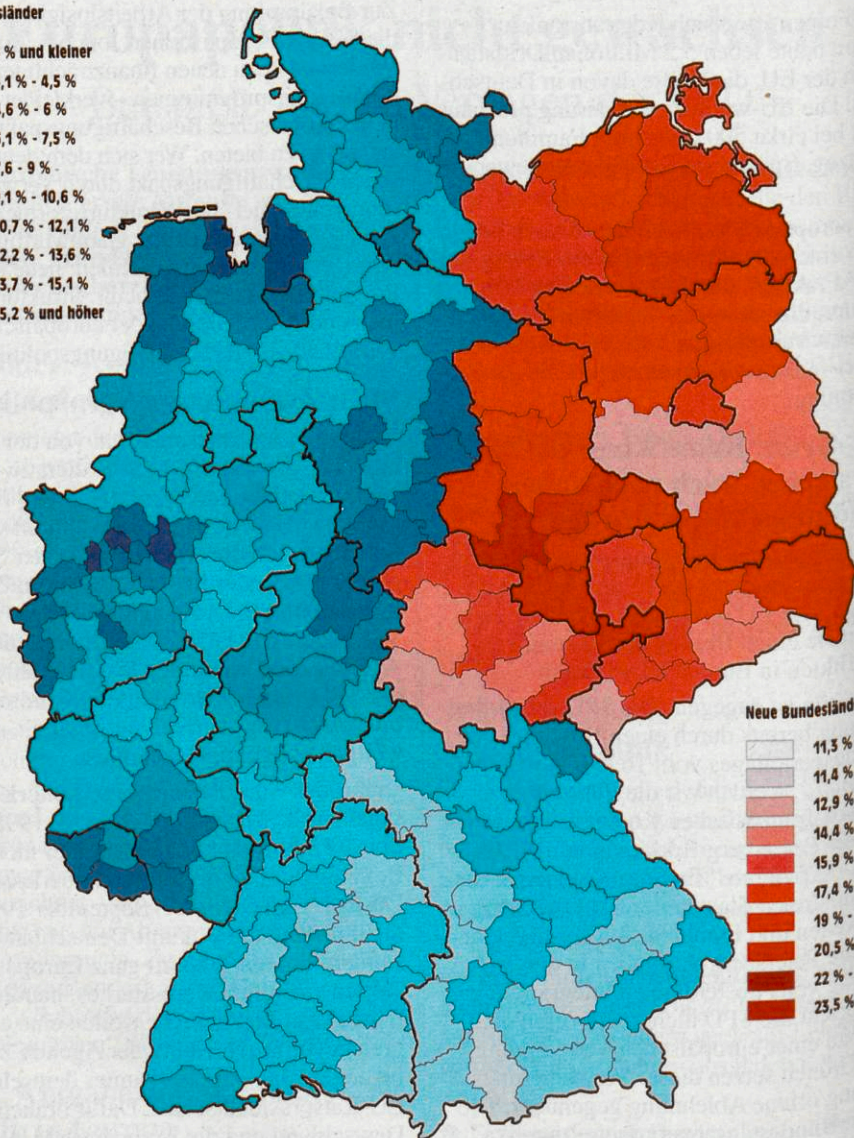
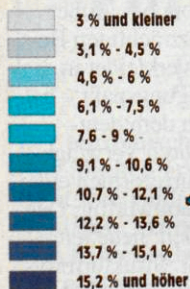
Auch die Landwirtschaft hat von der SPD nichts zu erwarten. Die SPD eiert zwiespältig herum und verkündet jedem Publikum die Vorstellungen, die es hören will. So haben sich die Agrarminister der SPDgeführten Länder in eine Kompromißstellungnahme gegen die agrarpolitischen Vorschläge der EU-Kommission in der Agenda 2000 einbinden lassen, während der SPD-Bundesparteitag die Kommissionsvorschläge begrüßt, sie sogar als nicht weitgehend genug bezeichnet.

„Schröder – das ist eine reine Lotterie“ – sagte sogar Erhard Eppler (26. 8. 1998, Spiegel). Europa können wir aber nicht der Beliebigkeit und der Lotterie überlassen. Deshalb geht es am 27. September 1998 nicht nur um die Zukunft Deutschlands, sondern um die Zukunft ganz Europas. Wir wollen ein wettbewerbsstarkes, handlungsfähiges Europa, und wir wollen eine erfolgreiche Verabschiedung der Agenda 2000 im ersten Halbjahr 1999 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft. Dafür brauchen Deutschland und die Europäische Union Helmut Kohl und die verlässliche Politik der CDU. ■

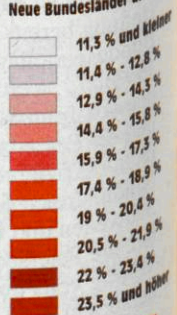
Regionale Arbeitsmarktstatistik in Deutschland

– Arbeitslosenquoten der Arbeitsamtsbezirke, Stand Juli 1998 –

Alte Bundesländer



Neue Bundesländer und Berlin



Arbeitsmarktatl

Die Spitzenreiter liegen allesamt in Ländern, in denen die Union Regierungsverantwortung trägt

Zur Vorstellung des Arbeitsmarktatlases Deutschland erklärten der stellvertretende CDU-Vorsitzende Norbert Blüm, und der Vorsitzende des Bundesausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz:

Seit mittlerweile drei Monaten in Folge ist in Deutschland die Arbeitslosenquote niedriger als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres. Nach der offiziellen Definition der Bundesanstalt für Arbeit ist damit die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erreicht.

Hinter diesem Befund für ganz Deutschland verbirgt sich allerdings ein differenziertes Bild: In Westdeutschland liegt die Arbeitslosigkeit seit sieben Monaten unter Vorjahresniveau, das ist schon die deutliche Verstetigung der Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt. In Ostdeutschland registrieren wir im Vorjahresvergleich seit zwei Monaten niedrigere Arbeitslosenquoten. Wenn im Monat August in den neuen Bundesländern erneut die Arbeitslosenquote unter dem Vorjahresniveau liegt – womit alle rechnen – ist auch dort die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erreicht.

Eine alleinige Betrachtung der gesamtdeutschen Arbeitslosenquote gibt die Wirklichkeit nur unzureichend wieder. Daher empfiehlt sich eine differenzierte Analyse, und zwar sowohl nach alten und neuen Bundesländern sowie nach Landes-Arbeitslosenquoten als auch nach regionalen Arbeitsamtsbezirken. Das Ergebnis einer

solchen differenzierten Betrachtung zeigt eindeutig:

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist in den SPD-geführten Bundesländern im Durchschnitt wesentlich schlechter als in den uniongeführten Bundesländern.

Der heutige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement (SPD), erklärte gegenüber SAT I am 3. September 1997:

„Wir haben heute mehr Einfluß auf die Standortbedingungen vor Ort als der Bund.“

In der Tat haben die Bundesländer mit ihrer Struktur-, Verkehrs- und Bildungspolitik, mit ihrer Existenzgründungsförderung und ganz entscheidend auch durch das Ausmaß ihrer landesspezifischen Bürokratie wesentlichen Einfluß auf ihre Standortbedingungen und damit auf ihren Arbeitsmarkt. Somit dokumentiert der Unterschied zwischen SPD- und uniongeführten Ländern eindeutig, welche Partei in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfolgreicher ist.

Arbeitslosenquoten der Länder

● Westdeutschland

Die Arbeitslosenquoten sind im Juli in Bayern (6,4 Prozent) und Baden-Württemberg (6,8 Prozent) mit Abstand am niedrigsten. Die Quote für Westdeutschland beträgt 9,1 Prozent. Nordrhein-Westfalen

(10,5 Prozent), Niedersachsen (10,8 Prozent) und das Saarland (11,3 Prozent) haben deutlich schlechtere Werte. Sie sind die Schlußlichter aller westdeutschen Flächenländer.

Und Nordrhein-Westfalen, das größte Bundesland, holt seinen Abstand nicht etwa auf, sondern wird seit Monaten weiter abgehängt. Während Nordrhein-Westfalen im Januar in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat noch 0,2 Prozentpunkte besser als Westdeutschland war – 1,8 Prozentpunkte schlechter als Baden-Württemberg und 2,3 Prozentpunkte schlechter als Bayern –, so liegt es heute um 0,9 Prozentpunkte schlechter als Westdeutschland und sogar 6 Prozentpunkte schlechter als Baden-Württemberg und 3,6 Prozentpunkte schlechter als Bayern.

Hätte Westdeutschland die derzeitigen Arbeitslosenquote Bayerns, wären 829.000 Menschen weniger arbeitslos. Baden-Württembergs Arbeitslosenquote auf Westdeutschland übertragen, bedeutete 705.000 Arbeitslose weniger. Entspräche hingegen die Arbeitslosenquote Nordrhein-Westfalens dem westdeutschen Durchschnitt, läge die Arbeitslosigkeit um 445.000 höher und im Falle Niedersachsens um 538.000 höher. Wäre die Arbeitslosenquote des Saarlands westdeutscher Durchschnitt, so wären heute 693.000 Menschen mehr arbeitslos.

● Ostdeutschland

Trotz der auch in den neuen Bundesländern erkennbaren Besserungstendenzen verzeichnen wir hier die größten Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb verstetigt die CDU-geführte Bundesregierung auch 1999 die notwendigen arbeitsmarktpolitischen Hilfen. Gemessen am Durchschnitt der Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern (17,4 Prozent) sind Thüringen (16,0 Prozent) und Sachsen

(16,7 Prozent) in ihrer Entwicklung deutlich besser. Weit schlechter als im ostdeutschen Schnitt ist die Lage in Sachsen-Anhalt mit einer Arbeitslosenquote von 19,8 Prozent. Während sich indes der Abstand von Mecklenburg-Vorpommern zum Durchschnittswert deutlich verringert hat, verliert Sachsen-Anhalt den Anschluß an die allgemeinen Besserungstendenzen.

In Ostdeutschland gäbe es heute 106.000 Arbeitslose weniger, wenn Ostdeutschland die Arbeitslosenquote Thüringens hätte. Allerdings wären 181.000 Menschen mehr arbeitslos, wenn die Arbeitslosenquote Sachsen-Anhalts herrschte.

Regionale Arbeitsamtsbezirke

Es gibt in Deutschland 181 Arbeitsamtsbezirke. 78 liegen in uniongeführten, 103 in SPD-geführten Bundesländern:

Union-geführte Länder	78
SPD-geführte Länder	103
Gesamt	181
West	
Union-geführte Länder	51
SPD-geführte Länder	90
Gesamt	141
Ost	
Union-geführte Länder	27
SPD-geführte Länder	13
Gesamt	40

Im Juli 1998 lag die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote bei 10,7 Prozent, die westdeutsche Arbeitslosenquote bei 9,1 Prozent und die ostdeutsche Arbeitslosenquote bei 17,4 Prozent.

In unionsgeführten Ländern Westdeutschlands sind die Arbeitslosenquoten von 96 Prozent (absolut: 49) der Arbeitsämter besser als der westdeutsche Durchschnitt. In den SPD-geführten Ländern haben dagegen 61 Prozent (absolut: 55) der Arbeitsamtsbezirke schlechtere Arbeitslo-

Die SPD will nun auch einen der weltweit wichtigsten Zukunftsmärkte abwürgen

Zu den Plänen der SPD, die Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarktes zurückdrehen zu wollen, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des CDU-Bundesvorstands, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Die von der Wirtschaftswoche aufgedeckten Pläne der SPD, die Liberalisierung des deutschen Telekommunikationsmarktes zurückdrehen zu wollen, ist erneut ein eindrucksvoller Beleg für den wirtschaftspolitischen Rückwärtsgang der SPD. Nach Rentenreform, Gesundheitsreform und Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt soll nun auch einer der weltweit wichtigsten Zukunftsmärkte in seiner Entwicklung abgewürgt werden.

Dies zeigt erneut: Mit Schröder und Stollmann und ihren Sprüchen über Modernität und Innovation soll in Wirklichkeit nur verdeckt werden, daß die SPD unter Lafontaine nicht im Traum daran denkt, von alten Ideologien Abschied zu nehmen.

Die SPD will offensichtlich das Monopol auf dem Telekommunikations-

markt wiederherstellen und die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde zu Lasten der Verbraucher dem parteipolitischen Einfluß der SPD opfern. Die Folgen für Arbeitsplätze und Verbraucher wären fatal, denn die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes zeigt bereits nach einem halben Jahr außergewöhnliche Erfolge:

- Inländische Ferngespräche sind heute für jedermann bis zu 70 % günstiger zu haben als Ende letzten Jahres, und im Ortsbereich beginnen die Preise ebenfalls zu bröckeln.
 - Allein in diesem Jahr werden mehr als 100.000 hochqualifizierte neue Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen.
 - Der Kommunikationsmarkt wächst 1998 und in den Folgejahren um mindestens 10 %.
 - In den drei Handy-Netzen telefonieren schon rd. 10,1 Mio. Kunden, fast 26 % mehr als zu Jahresbeginn.
- Mit ihrem Vorstoß will die SPD eines der erfolgreichsten Reformprojekte der letzten Wahlperiode torpedieren.

senquoten als der westdeutsche Durchschnitt.

In den unionsgeführten Ländern Ostdeutschlands sind die Arbeitslosenquoten von 74 Prozent (absolut: 20) der Arbeitsämter besser als der ostdeutsche Durchschnitt; in den SPD-geführten Ländern haben 78 Prozent (absolut: 10) der Arbeitsamtsbezirke schlechtere Arbeitslosenquoten als der ostdeutsche Durchschnitt.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich immer stärker auch auf den Ar-

beitsmarkt aus. Die absoluten Spitzenreiter mit der geringsten Arbeitslosigkeit sind die Arbeitsamtsbezirke Freising, Weilheim, Donauwörth, Rosenheim, Traunstein, Landshut und Ravensburg. In Freising (Bayern) lag die Quote sogar im dritten Monat in Folge unter vier Prozent. Diese Spitzenreiter liegen allesamt in Ländern, in denen die Union die Regierungsverantwortung trägt. Die Arbeitslosigkeit beträgt dort derzeit 5 Prozent und weniger. ■

Die Beschäftigungspolitik weiterentwickeln – den sozialen Dialog ausweiten

Anlässlich einer Pressekonferenz am 17. August im Bonner Presseclub stellte Thomas Mann MdEP ein Positionspapier zur kommenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor:

Die deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union, zu Beginn des nächsten Jahres, erfordert im deutschen und im europäischen Interesse einen Kanzler mit ausgegorenen europäischen Visionen, überzeugender Gestaltungskraft und einem Bekenntnis zum sozialen Dialog in Europa. Dann wird es auch bei den anstehenden sozial- und beschäftigungspolitischen Fragen Fortschritte geben.

Die deutschen Ratspräsidentschaften waren bislang ein Motor der europäischen Entwicklung, weil bei einer Präsidentschaft die Verhandlungsführung auf das entsprechende Land übergeht und Helmut Kohl mit seinem Team immer mächtig Dampf gemacht hat. Deshalb gelten die europäischen Treffen 1988 in Hannover und 1994 in Essen als „Highlights“ in der Gipfelchronik.

Drei sozialpolitische Eckpunkte

Am 1. Januar 1999 übernimmt Deutschland wieder die Regie. Dann soll es erfolgreich weitergehen, denn auf der Tagesordnung stehen:

- Weiterentwicklung der Beschäftigungspolitik,
- Arbeitnehmermitbestimmung in der Europäischen Aktiengesellschaft,
- grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden in sozialen Fragen.

Beschäftigungsgipfel weiterentwickeln

Beim Luxemburger Beschäftigungsgipfel vereinbarten die Staats- und Regierungschefs, daß die Mitgliedstaaten eine gemeinsame Beschäftigungsstrategie entwickeln müssen. In regelmäßigen Abständen sollten diese Programme durch den Europäischen Rat überprüft werden. Während der britischen Präsidentschaft – im ersten Halbjahr 1998 – lieferten die Mitgliedstaaten ihre nationalen Aktionspläne ab. Unter der österreichischen Präsidentschaft wird die zweite Generation der Leitlinien verabschiedet. Der deutsche Vorsitz wird die erste **Fortschreibung der beschäftigungspolitischen Aktionspläne** der Mitgliedstaaten koordinieren und durchzusetzen. Unter Umständen kann dies recht ungemütlich werden. Es kann sein, daß der Gipfel allen oder – viel unangenehmer – einzelnen Mitgliedstaaten wegen mangelnden beschäftigungspolitischen Engagement die Leviten lesen muß.

Über die Einzelheiten der deutschen Periode kann man reden, wenn die „österreichischen“ Ergebnisse vorliegen. Aber man kann jetzt schon feststellen:

- Die klassische Beschäftigungspolitik (AFG usw.) muß auch weiter national bleiben.
- Die Möglichkeit der unbürokratischen direkten Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zum Erhalt von Arbeitsplätzen durch die Mitgliedstaaten muß erhalten bleiben.

● Die Mittel für Pilotprojekte sollten aufgestockt werden.

Deutsche Mitbestimmung muß erhalten bleiben

Jedes Unternehmen besitzt eine Rechtsform – zum Beispiel: Aktiengesellschaft oder GmbH. In der EU können Unternehmen bislang nur eine Rechtsform annehmen, die ihnen das Land ihres Unternehmenssitzes anbietet. Seit fast 30 Jahren wird über die Einführung einer europäischen Rechtsform, der „Europäische Aktiengesellschaft“ (EAG), diskutiert. Bis zuletzt scheiterte sie an der Frage der Ausgestaltung der Arbeitnehmermitbestimmung. Zur Zeit bestimmt der britische Vorschlag die Diskussion. Demnach sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer das für das betreffende Unternehmen geltende Mitbestimmungsmodell aushandeln. Kommt es zu keiner Einigung, gilt für das gesamte Unternehmen das stärkste Mitbestimmungsmodell, das in einem der beteiligten Unternehmen gilt. Bei der Beteiligung eines deutschen Unternehmens wäre dies das deutsche Mitbestimmungsmodell. Um die Gefahr des Aufweichens der Mitbestimmung über den Verhandlungsweg zu minimieren, sollte das Quorum für die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter zum Verhandlungsergebnis bei 80% liegen.

Die Durchsetzung der EAG wäre ein Kraftakt, der nur einer engagierten und routinierten deutschen Präsidentschaft zuzutrauen ist.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

In der Zusammenarbeit der nationalen Behörden bestehen immer noch Defizite, etwa bei der Leiharbeit und der Beschäftigung von illegalen Arbeitnehmern. Diesem Problem muß mit einer europäischen Regelung entgegengewirkt werden.

Markenzeichen der deutschen Ratspräsidentschaft: Diese und andere Aufgaben erfordern Kompetenz

Diese Vorhaben benötigen Erfahrung, Berechenbarkeit, politisches „Standing“ und das Vertrauen der europäischen Partner. Ein möglicher Wirtschaftsminister Stollmann, der mit lockeren Sprüchen dazwischenfunkt, und ein Gerhard Schröder sind den Anforderungen einer Ratspräsidentschaft nicht im geringsten gewachsen.

„Sozialer Dialog auf der Europäischen Ebene“ – hört sich langweilig an, ist aber Sprengstoff. Fast unbeachtet von der breiten Öffentlichkeit hat sich der Soziale Dialog auf der Ebene der Europäischen Union mit – für deutsche Verhältnisse – unglaublichen Gestaltungsrechten der Sozialpartner entwickelt. Die Mitwirkung der Sozialpartner an der „Gesetzgebung“ wurde institutionalisiert.

Generell gilt: Neben den unmittelbar wirksamen Bestimmungen werden die europäischen Richtlinien in den Mitgliedstaaten wirksam, nachdem sie in nationales Recht umgesetzt wurden. Die Mitgliedstaaten können die Umsetzung der europäischen Bestimmungen auch den Sozialpartnern übertragen. Statt eines Gesetzes gelten dann Tarifverträge. In diesen können dann viele Details paßgenauer geregelt werden als es ein für alle Branchen geltendes Gesetz je könnte.

Dort wo es möglich ist, erfolgen die Regelungen also nicht durch den Gesetzgeber, sondern durch die Tarifpartner. Der europäische Gesetzgeber gibt nur die Ziele vor.

Vorfahrt für die Sozialpartner in Europa

Bevor die Kommission eine Initiative im Bereich der Sozialpolitik ergreift, muß sie den Arbeitgeberverband UNICE, den Eu-

ropäischen Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft (CEEP) und den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) befragten. Teilen diese mit: „Wir nehmen die Sache selbst in die Hand“, hat die Kommission 9 Monate „Pause“. In dieser Zeit können beide eine Regelung erarbeiten, die letztlich europaweit gilt. Die erste Regelung dieser Art wurde im Juni 1996 mit der Vereinbarung zum Elternurlaub umgesetzt. Weil die Sozialpartner auf EU-Ebene noch keine allgemein verbindlichen Tarifverträge abschließen können, wurden die Ergebnisse dieses sozialen Dialogs von den Sozialministern als Richtlinie veröffentlicht und damit für alle verbindlich gemacht. Außerdem wurden im sozialen Dialog bereits die Richtlinie über die Einführung der Europäischen Betriebsräte und die Entsenderichtlinie erarbeitet.

Unionspolitiker schaffen Bündnisse für Arbeit – Schröder nicht!

Der Soziale Dialog auf der europäischen Ebene hat sich bereits jetzt bewährt. Die Bundesregierung muß deshalb auch künftig ohne Wackelei zum Gedanken des Dialogs mit den Sozialpartnern stehen und auch in der deutschen Praxis zeigen, wie sie Bündnisse der Sozialpartner schaffen kann.

Helmut Kohl beim Aufbau Ost, Edmund Stoiber in Bayern und Kurt Biedenkopf in Sachsen haben jeweils Bündnisse für Arbeit geschaffen. Schröder hat in Niedersachsen nichts zu Wege gebracht. Wie soll er einen fruchtbaren sozialen Dialog im Bund schaffen und in Europa unterstützen, wenn er dies als „Alleinherrscher“ in Hannover nicht vermochte?

Schröder gegen Beteiligung der Wirtschafts- und Sozialpartner

Zu den Grundprinzipien der EU-Regionalpolitik gehört die Einbeziehung der Sozialpartner vor Ort. Für die Planung von För-

dermaßnahmen werden auf Bundesländerebene Ausschüsse eingerichtet, an denen die örtlichen Wirtschafts- und Sozialpartner direkt zu beteiligen sind. Schon 1995 beklagte sich die frühere ÖTV-Vorsitzende und heutige EU-Kommissarin Wulf-Mathies (SPD) über Gerhard Schröder. Dieser verweigerte die Beteiligung der Sozialpartner an den Ausschüssen seines Landes. Seine Begründung – Bürokratie vermeiden zu wollen – sei weder überzeugend noch sachlich gerechtfertigt. Es gehöre, so Wulf-Mathies, zu einer modernen Arbeitsmarkt- und Standortpolitik, sämtliche länderspezifischen Interessen in einem regionalen Unterausschuß zu versammeln.

Schröder fehlen klare Vorstellungen für eine deutsche Ratspräsidentschaft

Seine bisherigen Aussagen zur deutschen Ratspräsidentschaft sind oberflächlich und zeigen, wie weit er von der europäischen Politik entfernt ist. Man müsse was bei der Beschäftigungspolitik tun, die Steuerpolitik müsse in einigen Bereichen harmonisiert werden, einheitliche Standards bei der Umweltpolitik müßten Vorreiter bei der Harmonisierung sein. . . Alles Überschriften ohne Fundament.

Die europapolitische „Verlässlichkeit“ des Gerhard Schröder

Die einzige „Kontinuität“ von Gerhard Schröder besteht darin, seine Ansichten mit jeder neuen Umfrage zu wechseln. Das gravierendste Beispiel ist Schröders katastrophale Fehleinschätzung des Euro. Schröder bezeichnete ihn „kränkelnde Frühgeburt“. Helmut Kohl hat sich nicht von Emotionen beirren lassen und hat den pünktlichen Start des Euro, zusammen mit den europäischen Partnern ermöglicht. Damit hat er dem Standort Deutschland einen großen Dienst erwiesen, der den eigner Steuerreform übertrifft.

„Frieden wählen“ – gelungenes Wahlplakat

Zur Erklärung von Walter Kolbow (SPD), die CDU mißbrauche die Bundeswehr für Wahlkampfzwecke, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Der Vorwurf des Mißbrauchs der Bundeswehr für Wahlkampfzwecke ist absurd. Die Reaktion von Walter Kolbow zeigt, daß das Plakat sehr gelungen ist und den wunden Punkt der SPD getroffen hat. Die Distanz der SPD zur Bundeswehr ist so groß, daß sie mit einem gleichgelagerten Plakat, mit dem die Bundeswehr gelobt und ihr gedankt wird, nicht glaubwürdig wäre. Insbesondere die Einsetzung des Untersuchungsausschusses, zu dem die SPD von den Grünen verleitet wurde, zeigte das getrübe Vertrauen der SPD gegenüber der Bundeswehr.

Frieden und Freiheit sind auch heute noch keine Selbstverständlichkeit. Die Bundeswehr steht in unserer Bevölkerung für diese Werte. Sie ist ein zentrales Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

Ihr erfolgreicher Einsatz auch außerhalb der eigenen Landes- und Bündnisgrenzen ist mittlerweile zur Normalität geworden. Die Bundesregierung und damit auch die CDU/CSU bekräftigen so ihren Willen, im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft Verantwortung zu übernehmen und praktische Hilfe leisten zu wollen. Das erfolgreiche SFOR-Engagement der Bundeswehr ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur verantwortungsvollen Rolle Deutschlands in der Welt. Dies wurde von der Union im Deutschen Bundestag, vor dem Bundesverfassungsgericht und in der Bevölkerung durchgesetzt.

Öffentliche Gelöbnisse sind zum Teil gegen den Widerstand der SPD und Grünen durchgesetzt bzw. von der SPD und den Grünen blockiert worden. Die CDU/CSU steht zur Bundeswehr und wird dafür sorgen, daß dieser Erfolgsweg – für den die Bundeswehr ein Garant ist – fortgesetzt wird. Nichts anderes bringt das Plakat „Frieden wählen“ zum Ausdruck.

Ohne Visionen, ohne Kenntnisse

Deutschland, größter Mitgliedstaat der Europäischen Union, braucht eine Persönlichkeit als Bundeskanzler, die die Entwicklung der Europäischen Union maßgeblich mitgestaltet. Gerhard Schröder – ein Kandidat ohne europäische Visionen und ohne ausreichende Kenntnisse. Damit fehlt ihm in einem der wichtigsten Felder der Politik die nötige Kompetenz. Eine Machtübernahme durch Schröder wäre also auch europapolitisch ein Flop.

Kohl ist unverzichtbar

Der Luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker hat ausgesprochen, was die anderen Staats- und Regierungschefs denken: „Helmut Kohl ist ein weltweit respektierter Staatsmann. Wenn Kohl spricht, hören die anderen zu. Das ist so in der Europäischen Union und in der ganzen Welt. Ohne sein Engagement und seinen Blick für das Wesentliche kämen Kompromisse, mit denen sich auch arbeiten läßt, viel schwerer zustande.“ ■

Frieden schaffen mit weniger Waffen

In den letzten zehn Jahren haben wir einen Prozeß der Abrüstung erlebt, wie es ihn in der Geschichte nie zuvor gegeben hat. Eine dramatische Reduzierung des Streitkräfte- und Waffenpotentials hat den Frieden sicherer gemacht. Die CDU/CSU hat Wort gehalten. In seiner Regierungserklärung im Oktober 1982 hat Bundeskanzler Helmut Kohl den Satz „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ geprägt, der zu einem Leitbegriff deutscher Politik wurde. Die damaligen Erwartungen wurden nicht nur erfüllt, sondern weit übertroffen.

Bis zur Mitte der 80er Jahre wurde lediglich eine Politik der Rüstungskontrolle betrieben – oft als bloße Maßnahme zur Sicherung des Status quo im Kalten Krieg. Danach trat eine aktiv betriebene Abrüstungspolitik hinzu. Heute gehört die beispiellose Konzentration von Waffen im Herzen Europas der Vergangenheit an. Deutschland gehört zu den Staaten, die den Abrüstungsprozeß von Beginn an forciert haben. In keinem anderen NATO-Staat wurden so umfangreiche Reduktionen bei Streitkräften und Material vorgenommen wie bei uns. Diese Politik ist von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion maßgeblich mitkonzipiert, begleitet und unterstützt worden:

1. Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) konnte im Mai 1995 unbefristet verlängert werden. Ohne diesen Erfolg hätte, vor allem angesichts des risikoreichen nuklearen Erbes der Sowjetunion, eine dramatische Weiterverbreitung nuklearen Materials, „Know-hows“ sowie der entsprechenden Trägertechnologien gedroht. Deutschland hat zum NVV maßgeblich beigetragen. Als hochindustriali-

sierter Staat, der technisch in der Lage ist, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, doch der auf diese Option eindeutig verzichtet hat, nimmt Deutschland eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Atomwaffen- und Nicht-Kernwaffenstaaten ein.

Von Friedbert Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der CDU in Niedersachsen und abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

2. Obwohl Deutschland als Nicht-Kernwaffenstaat nicht selbst an der atomaren Abrüstung beteiligt ist, hat es diesen Prozeß – wo immer möglich – unterstützt. Seit 1993 wurden über 40 Mio. DM für die atomare Abrüstungshilfe in Rußland und der Ukraine zur Verfügung gestellt.

3. Aufgrund einer Initiative Deutschlands wurde das Internationale Wissenschafts- und Technologiezentrum (IWTZ) in Moskau ins Leben gerufen, das Wissenschaftlern und Ingenieuren der ehemaligen Sowjetunion, die über Kenntnisse zur Herstellung von Nuklearwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen verfügen, ermöglicht, ihr Wissen im Rahmen ziviler Projekte im eigenen Land einzusetzen. Seitdem das IWTZ 1994 die Arbeit aufgenommen hat, wurden 593 Projekte mit einem Gesamtfördervolumen von 175 Mio US-\$ (EU-Anteil 65 Mio US-\$) bewilligt, mit denen die Arbeit von etwa 17.000 Wissenschaftlern bis zu drei Jahre finanziert werden konnte. Damit trägt das

IWTZ wesentlich dazu bei, die Verbreitung nuklearen Know-hows zu verhindern.

4. 1985 befanden sich allein auf westdeutschem Gebiet ca. 3.500 nukleare Sprengköpfe und damit die umfangreichste nukleare Infrastruktur der Welt. Heute sind auf gesamtdeutschem Gebiet weniger als 5% von diesem Potential vorhanden.

5. Das Atomteststoppabkommen (CTBT) wurde im September 1996 von einer überwältigenden Mehrheit der Staatengemeinschaft – darunter Deutschland – unterzeichnet. Auch wenn die Weigerung Indiens und Pakistans, die in diesem Jahr unter einmütiger internationaler Kritik Atomwaffen getestet und sich zu Nuklearmächten erklärt haben, vorerst das förmliche Inkrafttreten des Abkommens verhindert, bedeutet das CTBT einen gewaltigen Fortschritt auf den Weg in eine Welt ohne Nukleartests. Die fünf großen Atommächte haben aufgehört zu testen. Indien und Pakistan haben ebenfalls erklärt, keine weiteren Atomversuche durchführen zu wollen.

6. Im April letzten Jahres trat das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) in Kraft. Die Bundesregierung hat sich bei den Verhandlungen zum CWÜ nicht nur für Verbote, sondern darüber hinaus erfolgreich für ein striktes Verifikationsregime eingesetzt. Auch in diesem Bereich gehört die Bundesrepublik zu den Vorreitern: Chemiewaffen-Restbestände aus dem Ersten Weltkrieg werden umweltverträglich vernichtet, die Ratifikationsurkunde zum CWÜ wurde bereits im August 1994 hinterlegt. Um Rußland den Einstieg in die chemische Abrüstung zu erleichtern, hat Deutschland Moskau mit umfangreicher Abrüstungshilfe, die sich bis Ende dieses Jahres auf insgesamt über 41 Mio. DM belaufen wird, unterstützt.

7. Im Bereich der konventionellen Abrüstung markiert der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) einen Meilenstein. Dieser Vertrag, dem seit der Auflösung der Sowjetunion 30 Staaten angehören, sah die Vernichtung von insgesamt 50.000 angriffsfähigen Waffensystemen der Kategorien Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriewaffen, Angriffshubschrauber und Kampfflugzeuge vor. Bis zum 17. November 1995 mußten diese Reduzierungen vorgenommen werden. Der KSE-Vertrag hat die Gefahr eines Überraschungsangriffes oder einer großangelegten militärischen Offensivoperation in Europa drastisch verringert. Bei den bislang positiv verlaufenden Gesprächen über die Anpassung des KSE-Vertrages an das veränderte sicherheitspolitische Umfeld ist ein deutscher Vorschlag die Verhandlungsgrundlage.

8. Die Bundesrepublik hatte bereits vor dem Inkrafttreten des KSE-Vertrages mit der Zerstörung von 8700 Waffensystemen begonnen und sie sechs Monate früher als vertraglich gefordert abgeschlossen. Deutschland hatte – bedingt durch die Übernahme ehemaligen NVA-Materials – nach Rußland und mit großem Abstand vor den übrigen Vertragsstaaten die zweitgrößte Reduzierungsverpflichtung (2.566 Kampfpanzer, 4.357 gepanzerte Kampffahrzeuge, 1.638 Artilleriewaffen und 140 Kampfflugzeuge). Die Kosten beliefen sich auf über 750 Mio. DM.

9. 1990 – zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung – standen etwa 700.000 deutsche Soldaten unter Waffen. Heute sind es nur noch 340.000 – also eine Reduzierung um über 50%. Wie das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) feststellte, hat Deutschland seine Streitkräfte stärker reduziert als jedes andere NATO-Land.

10. Seit der Wiedervereinigung wurden über 3.000 Liegenschaften der Bundeswehr aufgelöst. Insgesamt konnten fast 150.000 Hektar für die zivile Nutzung freigegeben werden. Diese Konversion von militärischem Gelände in zivile Nutzung ist einmalig in Europa.

11. Die deutsche Verteidigungsindustrie hat seit dem Fall der Mauer weit mehr als die Hälfte der Beschäftigten und in manchen Bereichen bis zu 90% der Fertigungskapazitäten eingebüßt. Der Anfang der 90er Jahre aufkommende Vorwurf, Deutschland exportiere hemmungslos Kriegswaffen, war vollkommen haltlos, denn Deutschland gab lediglich preisgünstiges, gebrauchtes Material der ehemaligen NVA ab, wobei durchschnittlich 98% der Rüstungsexporte in NATO-Staaten, skandinavische Länder oder an die UNO, also an vollkommen unbedenkliche Partner, gingen und gehen. Die erhöhten Ausfuhren Anfang und Mitte dieses Jahrzehnts waren durch eine historische Sondersituation, nämlich die Wiedervereinigung, bedingt. Von diesem angeblichen Exportboom hat die Rüstungsindustrie nicht profitiert, denn sie unterliegt weiterhin den strengen Bestimmungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes, das in seiner Reichweite international einmalig ist.

12. 1986 waren auf gesamtdeutschen Gebiet über 800.000 ausländische Soldaten stationiert. Heute sind es nur noch knapp über 100.000.

13. Der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamthaushalt betrug während des Kalten Krieges etwa 20%. In den 90er Jahren wurde er auf 10% reduziert, wodurch der veränderten sicherheitspolitischen Lage nach dem Ost-West-Konflikt beispielhaft Rechnung getragen wurde.

Deutschland hat eine Friedensdividende in dreistelliger Milliardenhöhe eingefahren.

14. Gleichzeitig mußten neue Herausforderungen bewältigt werden. Dazu gehört die Integration der NVA in die Bundeswehr, die Sanierung heruntergekommener Liegenschaften im Osten oder auch „out-of-area“-Einsätze wie die SFOR-Truppe in Bosnien oder der UNSCOM-Auftrag in Irak. Deutsche Einheiten haben dort einen wesentlichen Beitrag zur Kontrolle der Abrüstung der irakischen Massenvernichtungswaffen geleistet. Mit diesem Engagement, das ca. 100 Mio. DM kostete, hat sich Deutschland weltweit Anerkennung gesichert und Frieden und Abrüstung gefördert.

15. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich als erste für ein Verbot von Anti-Personen-Minen (APM) ausgesprochen. Die darauf folgende Entscheidung des Verteidigungsministers, Volker Rühle, auf APM bei der Bundeswehr zu verzichten und 3 Mio. Minen zu zerstören hat weltweit Beachtung gefunden. Die Bundesregierung hatte sich bei den Verhandlungen über das sog. Minenprotokoll des VN-Waffenübereinkommens erfolgreich für weitreichende Einsatzauflagen für alle Landminen ausgesprochen. Bei den Verhandlungen konnten Verbote von nicht detektierbaren Landminen, von APM ohne Selbstzerstörungsmechanismus und die Gültigkeit des Minenprotokolls auch bei innerstaatlichen Konflikten durchgesetzt werden. Im Dezember letzten Jahres wurde durch den Ottawa-Vertrag ein Meilenstein im Kampf gegen die Minenplage gesetzt. Der Vertrag hat die Ächtung APM zum Ziel.

Von 1993 bis 1998 hat Bonn insgesamt 174 Mio. DM für humanitäres Minenräumen ausgegeben – und damit eine Vorreiterrolle in der Welt eingenommen.

Niedriger – einfacher – gerechter

Tagesordnung für die 14. Legislaturperiode

Anlässlich der Vorstellung der neuen Offensive der CDU „Weniger Steuern - mehr Arbeitsplätze“ erklärte Friedrich Merz, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages und Mitglied des Bundesfachausschusses Wirtschafts- und Energiepolitik der CDU:

Deutschland braucht ein modernes und attraktives Steuerrecht, das sich an den Leitlinien „niedriger – einfacher – gerechter“ orientiert. Die vom Deutschen Bundestag am 26. Juni 1997 beschlossene große Steuerreform ist hierzu ein unverzichtbarer Meilenstein. Die weit überwiegende Mehrheit aller Wissenschaftler und Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden mahnen eine durchgreifende Reform des deutschen Einkommen- und Körperschaftsteuerrechtes an. Attraktive Ausgangsbedingungen sind heute mehr denn je entscheidend, ob und wo investiert wird und neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir können uns deshalb in Deutschland auf Dauer keine investitions- und leistungsfeindlichen hohen Steuersätze leisten, wenn wir die Zahl der Arbeitslosen deutlich und nachhaltig senken wollen.

Steuersätze senken, steuerliche Vergünstigungen abbauen und Ausnahmen beseitigen, das Steuerrecht vereinfachen sowie Bürger und Unternehmen entlasten, sind kein illusionäres Luftschloß, sondern Kern unserer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Der Aufschwung gewinnt an Kraft mit 3,8 Prozent im 1. Quartal 1998. Er wird nicht alleine vom Export getragen, sondern inzwischen auch von der Binnennachfrage, vor allem von den Ausrüstungsinvestitionen und auch vom privaten Konsum.

Der konjunkturelle Aufschwung hat inzwischen auch den Arbeitsmarkt erfaßt. Während noch zum Jahreswechsel 1997/98 Schwarzmalerei das Überschreiten der 5-Millionen-Grenze herbeizureden versuchten, ist Tatsache, daß wir uns mit deutlichen Schritten noch in diesem Jahr dem Ziel nähern, die 4-Millionen-Grenze zu unterschreiten.

Die Blockadepolitik der SPD ist gescheitert, auch wenn sie alles versucht hat, um den Wirtschaftsaufschwung zu verhindern. Nichts paßt weniger in eine inzwischen arbeitnehmerfeindliche und reformunfähige Politik der SPD als ein erfolgreicher Aufschwung, der den Arbeitsmarkt erfaßt. Und genau dies ist der Fall, wie die immer häufiger zu lesenden Berichte über das Anspringen einer beachtlichen Jobmaschine.

Was die SPD mit ihrer Blockade der großen Steuerreform einzig erreicht hat, ist, daß nicht noch mehr Arbeitslose Menschen einen neuen Arbeitsplatz erhalten haben, als es möglich wäre. Denn wir könnten heute bereits auf dem Weg des Abbaus der Arbeitslosigkeit weiter sein, wenn die SPD den Bundesrat nicht als Blockadeinstrument mißbrauchen würde.

Die Steuersenkungsversprechungen der SPD sind nichts anderes als plumpe politische Heuchelei gegenüber den Menschen in Deutschland. Der SPD geht es nach wie vor nur um den Vorrang unverbindlicher Parteipolitik vor klarer Sachpolitik. Wenn die SPD heute verspricht, den Höchststeuersatz unter bestimmten Bedingungen unter 49 Prozent zu senken, wenn die SPD inzwischen auch – wenn auch eine ökonomisch zu geringe – Nettoentlastung verspricht, wenn eine erste Stufe 1999 in

Kraft treten soll, dann bestätigt die SPD nicht nur die Richtigkeit der Großen Steuerreform in den von uns gesetzten Zielen, sondern auch im Zeitpunkt des gänzlichen Inkrafttretens.

Durchgehend und deutlich niedrigere Steuersätze mit einer Nettoentlastung, Anreize für Unternehmen, in Deutschland zu investieren, und der Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen könnten schon Wirklichkeit sein, wenn es die SPD ernsthaft gewollt hätte. Wir werden die große Steuerreform deshalb nach der von uns gewonnenen Bundestagswahl sofort wieder einbringen und 1999 durchsetzen. Die weitere Blockade der großen Steuerreform liegt auch nicht im Interesse der Ministerpräsidenten der SPD-regierten Länder, die sich im nächsten Jahr Landtagswahlen zu stellen haben.

Wir starten dazu eine neue Offensive, um den Menschen deutlich zu machen, daß das Original hält was es verspricht, während das sozialdemokratische Plagiat lediglich ein wirkungsloses Placebo ist. Die Steuerreform 86/88/90 ist der beste Beweis für unsere erfolgreiche Steuerreform- und Steuersenkungspolitik. In den achtziger Jahren haben wir die Steuern um über 50 Milliarden DM netto gesenkt. Die Folge waren ein an Stärke gewinnender Aufschwung mit einem deutlichen Rückgang der unter Verantwortung der SPD von nur 0,15 Millionen Arbeitslosen 1970 auf 2,26 Millionen Arbeitslose auf das Fünfzehnfache explodierten Arbeitslosigkeit.

Der CDU ist es dagegen mit ihrer im wesentlichen angebotsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgreich gelungen, die Zahl der Arbeitslosen bis 1992 auf 1,8 Millionen zu senken und zugleich 3,2 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Auch die Erfolge in anderen Ländern bestätigen die Richtigkeit unserer Steuerreformpolitik. Die Beschäftigungserfolge in den USA, in Großbritannien und in den

Niederlanden wären ohne Steuersenkungen nicht möglich gewesen. Deshalb wollen wir diese Politik mit der großen Steuerreform konsequent und kontinuierlich fortführen.

Unsere große Steuerreform ist

● solide finanziert

Die Reform der Einkommen- und der Körperschaftsteuer bringt die niedrigsten Steuersätze seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Der Eingangsteuersatz soll statt heute fast 25,9 künftig nur noch 15 Prozent betragen. Dies ist weitergehend als der leistungsfeindliche SPD-Vorschlag, der als konkreten Schritt nur 21,9 Prozent vorsieht. Der Höchststeuersatz soll statt heute 53 Prozent künftig nur noch 39 Prozent betragen. Der Steuersatz für gewerbliche Einkünfte soll künftig höchstens 35 Prozent statt heute 47 Prozent betragen und damit so hoch sein wie der von 45 auf 35 Prozent abgesenkte Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne. Denn neun Zehntel der Unternehmen sind Personengesellschaften in Mittelstand und Handwerk. Der im internationalen Wettbewerb für ausländische Investoren relevante Ausschüttungssatz soll von heute 30 auf künftig 25 Prozent gesenkt werden. Die durchgehende und deutliche Senkung der Steuersätze bedeutet eine Bruttoentlastung von rund 79 Milliarden DM.

Klar ist: Ein solcher Betrag ist für die öffentlichen Haushalte nicht verkraftbar. Wir wollen aber die Steuerzahler netto um rund 30 Milliarden DM entlasten. Wenn durch attraktive steuerliche Rahmenbedingungen Investitionen gefördert und dadurch Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden, bedeutet dies, daß wieder mehr Menschen Einkommen durch ihre Arbeit erzielen. Dies ist der

beste Weg zur Stärkung der Kaufkraft und der Steuerbasis. Dadurch wird sich die Steuerentlastung im Laufe der nächsten Jahre selbst finanzieren. Eine Gegenfinanzierung ist lediglich für den verbleibenden Betrag notwendig. Wir haben klare und verlässliche Vorschläge gemacht, die niemanden überfordern. Steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmen wollen wir im Umfang von rund 49 Milliarden DM abbauen.

Zu den wesentlichen Maßnahmen des Abbaus von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen zählen so zum Beispiel:

- Streichung von steuerfreien Einnahmen, zum Beispiel durch die Halbierung der Freibeträge für Abfindungen bei einer vom Arbeitgeber veranlaßten Auflösung des Arbeitsverhältnisses und Abschmelzung der Freibeträge um den Betrag der Abfindung, der 50.000 DM übersteigt, Streichung der Steuerfreiheit für Übergangsgelder und Übergangsbeteiligungen aufgrund gesetzlicher Vorschriften an Beamte, Soldaten und Minister wegen Entlassung aus dem Dienstverhältnis, stufenweiser Abbau der Steuerfreiheit für Zuschläge von Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit, mit einer finanziellen Auswirkung von 1,3 Milliarden DM.

- Stärkere steuerliche Erfassung von privaten Veräußerungsgewinnen, durch die Erweiterung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, durch Senkung der Beteiligungsgrenze von bisher 25 Prozent auf 10 Prozent, Verlängerung der Spekulationsfrist für Veräußerungsgewinne bei privaten, nicht-eigengenutzten Grundstücken, Verlängerung der Spekulationsfrist für Veräußerungsgewinne bei privaten Wertpapieren von sechs Monaten auf ein Jahr, mit einer finanziellen Auswirkung von 0,7 Milliarden DM.

- Änderung von Gewinnermittlungsvorschriften, zum Beispiel durch Verlängerung der Ansammlungsfrist für Stilllegungs- und Beseitigungsverpflichtungen bei Kernkraftwerken, Verbot der Bildung von Rückstellungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten nach § 5 Abs. 4c EStG, Einführung eines Wertaufholungsgebotes, realitätsnähere Bewertung von Rückstellungen, Senkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, Senkung der linearen Abschreibung für Gebäude des Betriebsvermögens, mit finanziellen Auswirkungen in Höhe von 21,4 Milliarden DM.

- Änderung bei einkunftsspezifischen Sonderregelungen:

- ▶ im Bereich der Einkünfte von Land- und Forstwirtschaft, beispielsweise durch die Senkung des Freibetrages für Land- und Forstwirte auf 1.300 DM/2.600 DM, soweit die Summe der Einkünfte 60.000 DM/120.000 DM nicht übersteigen, zielgenauere Umgestaltung der Ermittlung des Gewinns nach Durchschnittssätzen für kleine land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Streichung des Freibetrages in Höhe von 60.000 DM für die Gewinne aus der Veräußerung oder Aufgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Teilbetrieben und Mitunternehmensanteilen, mit einer finanziellen Auswirkung in Höhe von insgesamt 0,3 Milliarden DM

- ▶ bei Einkünften aus Gewerbebetrieb, beispielsweise durch Streichung des Freibetrages in Höhe von 60.000 DM für die Gewinne aus der Veräußerung, oder Aufgabe von Betrieben, Teilbetrieben oder Mitunternehmeranteilen, Streichung des Freibetrages in Höhe von 20.000 DM für die Gewinne aus der Veräußerung von wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, mit einer finanziellen Auswirkung in Höhe von insgesamt 0,3 Milliarden DM

► bei Einkünften aus selbständiger Arbeit durch Streichung des Freibetrages in Höhe von 60.000 DM für die Gewinne aus der Veräußerung oder Aufgabe von Betrieben, Teilbetrieben oder Mitunternehmeranteilen mit einer finanziellen Auswirkung in Höhe von 0,1 Milliarden DM

► bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, zum Beispiel durch die Einführung einer Entfernungspauschale von 0,40 DM pro Entfernungskilometer anstelle des bisherigen differenzierten Kilometerpauschbetrages, Senkung des Arbeitnehmerpauschbetrages für Werbungskosten von 2.000 DM auf 1.300 DM, Halbierung des Höchstbetrages für den Versorgungsfreibetrag von bisher 6.000 DM auf 3.000 DM für Versorgungsbezüge über 36.000 DM, mit einer finanziellen Auswirkung in Höhe von insgesamt 7,9 Milliarden DM

► bei Einkünften aus Kapitalvermögen durch die Halbierung des Sparerfreibetrages auf 3.000 DM, die Erhebung einer Versicherungsteuer von 3 Prozent auf Beiträge von Kapitallebensversicherungen und von 15 Prozent auf Beiträge von Risikolebensversicherungen mit einer finanziellen Auswirkung in Höhe von 6,2 Milliarden DM

► bei privaten Abzügen durch die Halbierung des Höchstbetrages für den Altersentlastungsbetrag von bisher auf 1.860 DM, Begrenzung des Verlustvortrages auf die Hälfte des Gesamtbetrages der Einkünfte bzw. auf die Hälfte des Gewerbeertrages für Beträge, die 2 Millionen DM übersteigen, Streichung des Vorkostenabzugs für Eigenheimzulage begünstigte Wohnungen, mit einer finanziellen Auswirkung von insgesamt 2,0 Milliarden DM

► bei tariflichen Regelungen, vor allem durch die Streichung der Gewährung des halben durchschnittlichen Steuersatzes für außerordentliche Einkünfte und rech-

nerische Verteilung der außerordentlichen Einkünfte und der Einkünfte aus Vermietungen für eine mehrjährige Tätigkeit auf sieben Jahre, mit einer finanziellen Auswirkung in Höhe von 5,3 Milliarden DM.

● seriös geplant

Nach den einigungsbedingten Steuererhöhungen knüpfen wir bereits seit 1996 wieder an die Steuerreform- und Steuer-senkungspolitik der achtziger Jahre an. Durch die steuerliche Freistellung des Existenzminimums und den Familienleistungsausgleich, den Wegfall des Kohlepfennigs und die Senkung des Solidaritätszuschlages profitieren die Steuerzahler im Umfang von inzwischen jährlich über 35 Milliarden DM. In dem wir die Steuerzahler mit der großen Steuerreform um weitere 30 Milliarden DM netto entlasten, geben wir den Steuerzahlern bei den direkten Steuern insgesamt, das aufkommensmäßig zurück, was an Steuererhöhungen zur Finanzierung des Aufbaus notwendig wurde.

Ein lediger Arbeitnehmer mit einem Bruttojahreseinkommen von 40.000 DM wird durch die große Steuerreform um 1.301 DM bzw. 20,4 Prozent entlastet, bei einem durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen von 55.000 DM um 1.808 DM bzw. 16 Prozent und bei einem Einkommen von 85.000 DM um 2.753 DM bzw. 12,1 Prozent. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit einem Bruttojahreseinkommen von 55.000 DM wird um 1.919 DM bzw. 37 Prozent entlastet, bei einem Bruttojahreseinkommen von 85.000 DM um 3.045 DM bzw. 20,3 Prozent. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem Bruttojahreseinkommen von 55.000 DM wird um 1.666 DM entlastet bzw. 33,7 Prozent und bei einem Bruttojahreseinkommen von 85.000 DM um 3.017 DM bzw. 20,5 Prozent entlastet.

Die von der SPD versprochene Entlastung für eine Familie mit zwei Kindern in Höhe von 2.500 DM ist dagegen eine Scheinentlastung. Nach wie vor hat die SPD keine ökonomisch überzeugenden, seriöse berechnete und sozial gerechte Vorschläge für den Abbau von steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmen vorgelegt. Nachdem einige wenige unzureichende Beispiele aus dem Wahlprogramm der SPD geflogen sind, verabschiedet sich die SPD in ihrem „Startprogramm“ nun endgültig von jeglicher konkreter Aussage. Die Steuerzahler werden getäuscht. Es wird ihnen vorggaukelt, die Kassen seien leer, ein Kassensturz müsse her. Wenn aber angeblich kein Geld in der Kasse sei, wie die SPD behauptet, so ist die von der SPD angekündigte minimale Nettoentlastung lediglich unter dem Posten „Show“ zu verbuchen. Mit dem Finanzierungsvorbehalt werden eventuelle Entlastungen gleich wieder kassiert. SPD und Grüne planen zudem die Einführung von acht neuen Steuern und Abgaben:

- ▶ Energiesteuer bzw. Stromsteuer
 - ▶ Vermögensabgabe
 - ▶ Vermögensteuer
 - ▶ Devisensteuer
 - ▶ Wertschöpfungsteuer
 - ▶ Bodenwertsteuer
 - ▶ Versiegelungsabgabe
 - ▶ Ausbildungsplatzabgabe
- sowie die drastische Verschärfung von bestehenden Steuern, so zum Beispiel:
- ▶ Erbschaft- und Schenkungsteuer
 - ▶ Gewerbesteuer
 - ▶ Mineralölsteuer.

Scheinbar hohen Entlastungen stehen beachtliche Steuererhöhungen auf der anderen Seite entgegen. Die Zeche werden die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, sozial Schwächere und Familien be-

zahlen. Wenn SPD und die Grünen die Steuerschraube weiter andrehen, gefährdet dies Arbeitsplätze. Wer durch die sozial ungerechte und arbeitnehmerfeindliche SPD-Steuerpolitik keine Arbeit findet oder seine Arbeit verliert, hat von den SPD-Steuerversprechungen wenig. Dies hat bereits der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1997/98 unter Ziffer 326 klar festgehalten:

„Würde die vorliegende Reformkonzeption (die „Petersberger Steuervorschläge“ *Anm.*) umgesetzt, dann ist mit mehr Investitionen, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung zu rechnen. Das ist die beste Verteilungspolitik; denn einem heute Arbeitslosen kann nur mit einem neuen Arbeitsplatz wirklich geholfen werden – allemal besser – als mit Steuertarifsenkungen im unteren Bereich (von denen er nichts hat) oder mit einer bescheidenen Erhöhung des Kindergeldes (was ihm nicht oder nicht viel helfen kann).“

● sozial gerecht

Niedrigere Steuersätze sind ohne einen weitgehenden Abbau steuerlicher Vergünstigungen und Ausnahmen nicht zu haben. Bei niedrigeren Steuersätzen und weniger Ausnahmen wird für alle die Differenz zwischen brutto und netto geringer. Steuergestaltung, Steuervermeidung und Schattenwirtschaft werden unattraktiv. Bei niedrigen Steuersätzen und weniger Ausnahmen haben gerade diejenigen Steuerzahler, die ihre Steuerlast nicht mindern können, die größten Vorteile. Niedrigere Steuersätze bei weniger Ausnahmen stärken zugleich die Steuerbasis. Leistungsfeindliche Komplizierungen und mehr Bürokratie durch Einführung einer Mindeststeuer und eines Optionsrechtes zur Besteuerung nach der Körperschaftsteuer mit der Folge der Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbständige sind mittelstandsfeindlich, unnütz

und überflüssig. Dadurch würde lediglich an den Symptomen herumgedoktert, nicht aber die Ursachen – zu hohe Steuern und zu viele Ausnahmen – behoben.

Wer glaubt, der Abbau steuerlicher Vergünstigungen und Ausnahmen erfolge nur bei Arbeitnehmern, streut den Steuerzahlern Sand in die Augen. Denn rund 60 Prozent der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage trifft die Arbeitnehmer nicht. Klar ist auch: einen vollständigen Abbau aller steuerlichen Vergünstigungen kann und wird es mit der CDU aus ökonomischen und sozialen Gründen nicht geben. So werden im Gegensatz zur drastischen Anhebung der Mineralölsteuer auf 5 DM je Liter, der Zusammenstreichung der Arbeitnehmerpauschale auf eine Erwerbsausgabenpauschale in Höhe von 500 DM und der Kilometerpauschale in eine Entfernungspauschale in Höhe von nur noch 20 Pfennig je Kilometer durch die Grünen zum Beispiel Pendler auch künftig durch die neue Entfernungspauschale in Höhe von 40 Pfennig je Kilometer durch die CDU entlastet. Die meisten Rentner werden auch weiterhin keine Einkommensteuer zahlen. Die plumpe Behauptung, die Reform entlaste nur Reiche und belaste die

Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, ist damit weder wahr noch seriös.

Auch die unseriöse Behauptung, der „einfache Arbeitnehmer“ trage allein die Steuerlast, führt in die Irre, denn auch Topmanager zahlen Lohnsteuer und Selbständige, Freiberufler und Gewerbetreibende zahlen Einkommensteuer. Die Behauptung, daß die Reichen vom Steuersystem profitieren und die unteren Einkommensbezieher den Großteil des Einkommensteueraufkommens tragen, werden durch die Fakten widerlegt. Die von der SPD früher immer wieder angeführten „Besserverdienenden“ und neuerdings die „Einkommensmillionäre“ tragen – auch wenn sie nur einen kleinen Anteil an der Bevölkerung stellen – bereits heute entsprechend der Progression der Einkommensteuer den weit überwiegenden Teil der Lasten. Allein die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von über 100.000 DM tragen 50 Prozent des Einkommensteueraufkommens. Die unteren Einkommensbezieher werden bereits heute dagegen steuerlich geschont. Insgesamt zahlen heute rund ein Viertel der steuerpflichtigen Haushalte keine Lohn- und Einkommensteuer.

Beitrag des Steuerpflichtigen zum Einkommensteueraufkommen 1992

Die oberen . . . Prozent der Steuerpflichtigen	Einkünfte in . . . DM pro Jahr	zahlen . . . Prozent des Einkommensteueraufkom-
1	über 250.000	24,6
10	über 100.000	50,0
20	über 75.000	65,2
32	über 60.000	76,2
43	über 50.000	84,1
57	über 40.000	91,8

Eine Fortschreibung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik bzw. von Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung läßt in den vergangenen Jahren sogar noch auf eine Verschärfung dieser Situation schließen.

Als Indiz für eine angeblich ungerechte Steuerpolitik wird immer wieder auf den Rückgang des kassenmäßigen Aufkommens der veranlagten Einkommensteuer verwiesen. Es wird behauptet, der Steuerbeitrag von Selbständigen und Freiberuflern tendiere gegen Null. Richtig ist jedoch, daß ein erheblicher Teil des Rückgangs auf den starken Anstieg der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer zurückzuführen ist. Seit 1997 kommen noch die Auszahlungen der Eigenheimzulage hinzu. Das Aufkommen tendiert damit keineswegs gegen Null, sondern ist rein rechnerisch von 68 Milliarden DM 1992 auf 51 Milliarden DM 1997 zurückgegangen. Hierfür sind die Einführung des Zinsabschlages als weiterer Quellenabzug mit Anrechnung, die Absenkung des Höchststeuersatzes für Einkünfte aus Gewerbebetriebe auf 47 Prozent und die politisch angestrebte Förderung in den neuen Bundesländern, vor allem durch Sonderabschreibung, zurückzuführen.

Auch Behauptungen, wonach „Einkommensmillionäre“ durch Abschreibungen keine oder nur sehr geringe Steuern zahlen, ist unseriös. Denn die Inanspruchnahme von Abschreibungen führt keineswegs dazu, daß sich die Nutznießer der Besteuerung entziehen können.

Fortsetzung des Steuerreformkurses

Den eingeschlagenen Reformkurs bei der Einkommen- und der Körperschaftsteuer nach den Leitlinien „niedriger – einfacher – gerechter“ wollen wir auch bei anderen Steuerarten fortsetzen. Auf der Tagesord-

nung für die 14. Legislaturperiode stehen für uns vor allem:

● Gewerbeertragsteuer

Wir wollen den Mittelstand weiter fördern. Nach dem wir mit der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer gegen den jahrelangen Widerstand der SPD einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung und Vereinfachung unseres Steuerrechtes geleistet haben, halten wir an unserem Ziel fest, längerfristig auch die Gewerbeertragsteuer abzuschaffen. Kurzfristig soll die Gewerbeertragsteuer, wie im Unternehmensteuerreformkonzept ursprünglich geplant, mittelstandsfreundlich abgesenkt werden. Klar ist jedoch, daß damit ein Ausgleich für die Gemeinden verbunden sein muß, der ihre Interessen stärkt, Gewerbe anzusiedeln.

● Solidaritätszuschlag

Der Solidaritätszuschlag wird keine Dauerbelastung bleiben. Nach einem ersten Schritt 1998 wollen wir ihn weiter zurückführen und schließlich ganz abschaffen. Ein fester Termin kann aber aus finanzpolitischer Solidität nicht genannt werden. Die Förderung des Aufbaus Ost wird dadurch nicht in Frage gestellt. Wir stehen auch künftig solidarisch zu den Menschen in den neuen Bundesländern.

● Familienförderung

Die CDU hat die Familienförderung seit 1982 auf rund 75 Milliarden DM 1997 fast verdreifacht. Auch qualitativ haben wir die Familienförderung erheblich verbessert. Wir wollen weiter dafür sorgen, daß die Arbeit mit Kindern und für Kinder größere Anerkennung findet. Finanzielle Spielräume werden wir konsequent zugunsten der Familien nutzen, für Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuß, Wohngeld und Ausbildungsförderung. ■

Politische Verantwortung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Wort der deutschen Bischöfe
zur Bundestagswahl 1998

Am 27. September wird der 14. Deutsche Bundestag gewählt. Alle Wahlberechtigten sind aufgerufen, durch die Abgabe ihrer Stimme ihre Mitverantwortung für die politische Zukunft unseres Landes wahrzunehmen. Aus diesem Anlaß wenden wir uns – wie bei früheren Wahlen – an alle katholischen Mitchristen und an die gesamte Öffentlichkeit.

Für die persönliche Wahlentscheidung kommt es darauf an, sich ein klares Bild von den Parteien und ihren Kandidaten zu machen: Wie sind die Leistungen einzuschätzen, die sie in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode für unser Volk erbracht haben? Welches Menschenbild und welches Gesellschaftsverständnis prägen ihre politischen Entscheidungen? Welche Lösungen schlagen sie für die schwierigen Aufgaben der Zukunft vor? Wie steht es mit der sachlichen Kompetenz und der persönlichen Überzeugung der Kandidaten, die das deutsche Volk im Parlament vertreten wollen? Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen kann dem einzelnen Wähler nicht abgenommen werden. Im folgenden werden einige inhaltliche Gesichtspunkte für eine verantwortliche Entscheidungsfindung benannt.

1. Das herausragende Ereignis unserer jüngsten Geschichte ist die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Noch immer blicken wir mit Dankbarkeit und Freude hierauf zurück, auch wenn nach der ersten Euphorie eine gewisse Ernüchterung eingetreten ist. Der Wiederaufbau in den neu-

en Bundesländern hat in bald zehn Jahren weit mehr erreicht, als eine negative Kritik oft anzuerkennen bereit ist. Gleichwohl bleibt der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einigungsprozeß auch in den kommenden Jahren eine erstrangige Aufgabe. Es gilt, die wiedergewonnene staatliche Einheit immer mehr zu einer gesellschaftlichen Wirklichkeit werden zu lassen. Von den Parteien muß erwartet werden, daß sie die Solidarität zwischen Ost und West fördern. Politische Kräfte, die aus Nostalgie oder ideologischer Verhärtung die Trennung in den Köpfen aufrecht erhalten wollen, arbeiten gegen das Wohl der Menschen, deren Intresse sie angeblich vertreten. Dies setzt der politischen Kooperation mit ihnen enge Grenzen.

2. Der anhaltend große Mangel an Arbeitsplätzen ist das zentrale gesellschaftliche Problem in Deutschland und Europa. Vor allem Jugendliche, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben, aber auch viele Erwachsene leiden darunter. Der Mangel an beruflichen Perspektiven zerstört die Zuversicht in die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und kann sogar das Vertrauen in unsere demokratische Grundordnung beschädigen. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß wir in unserem Land den Tiefpunkt der Entwicklung überschritten haben und hoffen dürfen, daß der notwendige Strukturwandel der Wirtschaft und die sich belebende Konjunktur zur erheblichen Reduzierung der Arbeitslosigkeit, vor allem auch in den

benachteiligten Regionen, führen. Dennoch wird es nicht möglich sein, diese Probleme in kurzer Zeit zu lösen.

3. Auch in Zukunft wird also eine große und schwierige Aufgabe darin bestehen, die wirtschaftliche Leistungskraft und die soziale Sicherung der Menschen im notwendigen Gleichgewicht zu halten. Dabei kommt es entscheidend darauf an, welches gesellschaftliche Leitbild für die politischen Kräfte maßgebend ist. Nur eine tatkräftige Solidarität und ein verantwortungsbereiter Grundkonsens können unsere Gesellschaft zusammenhalten und ihre Entwicklung sichern. Deshalb sind alle Tendenzen zurückzuweisen, die Eigenverantwortung und Gemeinschaftsverpflichtung gegeneinander ausspielen. Es gilt: Ohne eine leistungsfähige Wirtschaft ist jedem sozialen Ausgleich die Grundlage entzogen; ohne unternehmerische Innovation wird die Zukunft der Arbeit weiter eingeschnürt. Es gilt aber auch: Ohne sozialen Zusammenhalt werden Demokratie und Marktwirtschaft die gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen der kommenden Jahre nicht bewältigen. Es bedarf besonderer Aufmerksamkeit, welche Signale die Parteien zur Lösung der her bestehenden Probleme geben und in welche Richtung sie die Entwicklung lenken wollen (vgl. im einzelnen das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, Gemeinsame Texte 9).

4. Die Bedeutung des Grundkonsenses in der Gesellschaft geht über den wirtschaftlichen und sozialen Bereich weit hinaus. Sie betrifft die gesamte Wertordnung des individuellen und öffentlichen Lebens sowie die religiösen Grundlagen und Überzeugungen.

Seit vielen Jahren stehen die modernen Gesellschaften in einem anhaltenden Wertewandel. Jeder Erwachsene kann diese Veränderungen in seinem eigenen Leben beobachten. Diejenigen, die nach dem Ende der staatlich verordneten sozialistischen Doktrin eine Suche nach neuen Werten vorgenommen haben, kennen erst recht die Schwierigkeiten der Orientierung in einer pluralistischen Umgebung. Die religiöse Entfremdung im Osten und die wachsende Gleichgültigkeit gegenüber dem Glauben im Westen tragen ebenfalls zu einer starken geistigen Erosion und Orientierungslosigkeit bei. Für eine gute gesellschaftliche Entwicklung fehlen deshalb maßgebliche Voraussetzungen. Es ist nicht unbillig, auch die politischen Parteien und ihre Repräsentanten ernsthaft nach ihrer ethischen Grundorientierung und ihrer religiösen Haltung zu befragen. Die politischen Entscheidungen, die durch die Wahl in ihre Verantwortung gegeben werden, erfordern nicht nur fachliche Kompetenz und Gestaltungswillen, sondern auch ein klares Wertbewußtsein, das seine religiöse Fundierung zu erkennen gibt. Überzeugte Christen sollten sich in der heutigen Situation nicht scheuen, durch ihre Wahl dazu beizutragen, daß Abgeordnete in den nächsten Deutschen Bundestag kommen, die in ihren persönlichen Überzeugungen diesen Erwartungen entsprechen.

5. Ein klares Wertebewußtsein ist in der Politik unverzichtbar: von der Gentechnik bis zur Umwelthetik, in der Gesundheits- und Sozialpolitik, im Bereich von Bildung und Erziehung, nicht zuletzt beim Schutz des ungeborenen Kindes und in einer Ehe- und Familienpolitik, die im Einklang mit der Schöpfungsordnung steht. Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Eine verantwortungsvolle Politik muß nicht nur die materiellen Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung stärken.

Sie muß auch dafür sorgen, daß Ehe und Familie im Erziehungswesen und in der Rechtsordnung als positives Leitbild erhalten bleiben und für die jungen Menschen neue Kraft gewinnen. Wer unter dem Zeichen der Gleichbehandlung von anderen Formen des Zusammenlebens die grundlegende Bedeutung von Ehe und Familie einschränkt oder verneint, zerstört die Lebenskraft unserer Gesellschaft.

6. Unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung bestimmt auch das Leben von mehreren Millionen ausländischer Mitbürger, Flüchtlinge und Asylbewerber. Wir brauchen deshalb auch in Zukunft eine Politik, die das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Nationen und Kulturen auf der Grundlage von Menschenwürde und Menschenrechten gewährleistet. Die von politischen Randgruppen und extremen Parteien geförderte Fremdenfeindschaft muß uns beschämen und unseren entschiedenen Widerstand hervorrufen.

7. Die Integration unseres Landes in den europäischen Einigungsprozeß ist die notwendige Ergänzung der wiedergewonnenen nationalen Einheit. Unsere Zukunft liegt in einem auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründeten, friedvollen Zusammenleben in der Gemeinschaft mit den anderen europäischen Völkern. Nicht nur die Wahl des Europäischen Parlaments, son-

dern auch die Wahl zum Deutschen Bundestag steht in dieser europäischen Perspektive. Die großen strukturellen Probleme und Herausforderungen, die aus der Globalisierung der Wirtschaft erwachsen und die nicht nur Deutschland, sondern auch andere Völker betreffen, können nur noch durch Kooperation der Demokratien angegangen werden. Dabei geht es auch hier nicht allein um wirtschaftliche und soziale Belange, sondern um das Wachsen einer europäischen Wertegemeinschaft, die sich ihrer christlichen Ursprünge und Wirkungskräfte bewußt ist. Wir sollten die Parteien fragen, ob sie sich dieser Aufgabe bewußt sind und welche Leitvorstellungen sie für unsere europäische Zukunft haben.

Ein Wort bleibt zum Schluß an alle diejenigen zu richten, die sich mit dem Gedanken tragen, sich nicht an der Bundestagswahl zu beteiligen. Wir erinnern an die einfache Tatsache, daß auch das Fernbleiben von der Wahl deren Ergebnis beeinflusst. Deshalb rufen wir eindringlich dazu auf, sich der Verantwortung der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger nicht zu entziehen. Für Christen ist es Pflicht, sich an der Wahl zu beteiligen, zumal im Jahr 1998 die politischen Weichen für den Übergang in ein neues Jahrhundert gestellt werden.

Dieser Text wurde vom Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz auf seiner Sitzung in Würzburg am 24. August verabschiedet.

Jung und Alt – gemeinsam in das 21. Jahrhundert

Unter diesem Thema findet am 10. September in Stuttgart/Bad Cannstatt ein Kongreß der Senioren-Union und der Senioren-Union Baden-Württemberg statt, zu der der Bundesvorsitzende, **Bernhard Worms**, eingeladen hat. – Im Kursaal (Königsplatz 1) soll in der Zeit von 10.30 bis 15.30 Uhr über unser Sozialsystem, über Steuerreform und neue Arbeitsplätze diskutiert werden. Zu den Gästen wird auch Ministerpräsident **Erwin Teufel** sprechen.

Das Erreichte kritisch, aber auch ehrlich einschätzen

Wir sind aufgerufen, am 27. September den Deutschen Bundestag und den Landtag Mecklenburg-Vorpommern neu zu wählen. Acht Jahre nach der deutschen Einigung steht unsere Gesellschaft weiterhin vor schwierigen Aufgaben:

● Es gilt, jungen Menschen, auch in unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, durch sichere Lehr- und Ausbildungsplätze gute Aussichten für die Zukunft zu eröffnen.

● Für möglichst viele Menschen muß ein Arbeitsplatz und damit ein existenzsicherndes Einkommen geschaffen und erhalten werden.

● Das Netz der sozialen Sicherheit ist, verbunden mit der nötigen Eigenverantwortung, so zu gestalten, daß es auch am Anfang des neuen Jahrtausends tragfähig bleibt.

Viele Menschen halten diese Aufgaben für unlösbar, glauben dem Versprechen der Politiker der demokratischen Parteien nicht mehr und sind versucht, sich überhaupt nicht an den Wahlen zu beteiligen. Andere wollen die Wahl benutzen, um Denkmäler zu verteilen. Das ist gefährlich für die Demokratie und vergrößert die Übel.

Die deutsche Parteiendemokratie ist trotz ihrer offensichtlichen Mängel menschlicher und vertrauenswürdiger als jedes System, das ungetrübtes Glück auf Erden - unter welcher Bezeichnung auch immer - verspricht und oft genug ins Elend führt, wie Beispiele unserer deutschen Geschichte zeigen. Wer das Grundgesetz verachtet, der zerstört mehr, als er imstande ist zu geben.

Vor der Wahl gilt es, das Erreichte kritisch, aber auch nüchtern und ehrlich einzuschätzen: Die soziale Marktwirtschaft ist trotz der bedrückenden Arbeitslosigkeit besser als jedes andere bekannte Wirtschaftssystem. Vieles ist schon - auch durch solidarische Unterstützung innerhalb ganz Deutschlands - erreicht worden. Die Mehrheit der Menschen bei uns be-

Aus dem Wort von Landesbischof Hermann Beste, Schwerin, Georg Kardinal Sterzinsky, Berlin, Bischof Eduard Berger, Greifswald, und Weihbischof Norbert Werbs, Schwerin zur Bundes- und Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

zeichnet ihre finanzielle Situation als gut. Unser Volk ist reicher als je zuvor, wenn gleich die Güter gerechter verteilt werden müssen. Das bisher Erreichte darf aber nicht geringgeschätzt werden. Achten wir darauf, daß wir nicht durch Ungeduld und unersättliche Ansprüche den Bogen überspannen.

Wir wiederholen, was wir auch 1994 gesagt haben: „Unterstützen Sie bitte keine extremen Parteien und Gruppierungen rechts und links. Die Verwandtschaft zwischen ihnen ist größer und bedrohlicher als die Unterschiede. Wer das Recht mißachtet, ist unberechenbar und verdient kein Vertrauen.“ In diesem Jahr fügen wir hinzu: Entziehen Sie sich nicht der Verantwortung der demokratischen Mitgestaltung. Beteiligen Sie sich an der Bundes- und Landtagswahl. ■

Berndt Seite unterwegs

Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern

Die äußeren Bedingungen im August passen zur Wahlkampftour des Ministerpräsidenten: hochsommerliche Temperaturen, strahlender Sonnenschein, der Landesvater „hemdsärmelig“.

In Schönberg, Landkreis Nordwestmecklenburg, führt der Amtsleiter durchs neue Amtsgebäude. Nur mit Fördermitteln des Landes war der Bau möglich. Jetzt haben die Mitarbeiter eine freundliche Arbeitsatmosphäre und die Bürger gut gelaunte Ansprechpartner für ihre Sorgen und Nöte. In der engagierten Diskussion mit den Mitarbeitern des Amtes grundsätzliche Fragen: „Lohnt es sich heute noch, Kinder in die Welt zu setzen?“ Berndt Seite erwidert mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für persönlichen Optimismus und die Zukunft des Landes. Rasch sind sich die Anwesenden einig: Nur Kinder und Familien können eine gemeinsame Zukunft gewährleisten. Weiter geht es zum Ärztehaus in Schönberg. Eine Gemeinschaftseinrichtung mit Diagnostik, Patientenzimmern und OP-Sälen sowie einer Apotheke. Hier sind die Existenzgründer Ärzte.

Von Schönberg geht es im Wahlkampfbus über Dassow nach Klütz. Überall Gespräche, Händeschütteln, Autogrammwünsche und Fragen.

Im Dassower Gewerbegebiet erläutert der Geschäftsführer der Firma Ostsee-Marine-Service die Gründe für die Übersiedlung des erfolgreichen Unternehmens von Schleswig-Holstein an die mecklenburgische Küste. Guter Dinge blickt man hier in die Zukunft. Aber auch Sorgen äußern die Selbständigen, wie zwei Einzelhändler

in Klütz, deren Geschäfte zuletzt Tatorte schwerer Einbrüche waren.

Auf dem Wahlkampfbus prangt der Slogan des Ministerpräsidenten. „Klarer Kurs für unser Land“. In Klütz machen Schüler die Probe aufs Exempel. Im Halbkreis haben sie sich um Berndt Seite versammelt. Und fragen nach der Ausbildungsplatzsituation. Berndt Seite berichtet von seinem persönlichen Einsatz während einer Werbetour um mehr Ausbildungsplätze im Mai und macht Mut, im persönlichen Engagement nicht nachzulassen. Auch Ratschläge zur Bewerbung und zu den Ausbildungsmöglichkeiten hat er parat. Als die Sprache auf die Aktivitäten der Jugendlichen kommt, nennen nur wenige die Jugendfeuerwehr oder den Sportverein. Der beliebteste Treffpunkt für viele ist der Jugendclub. Spontan macht Berndt Seite zusammen mit den Jugendlichen einen Abstecher dorthin und läßt sich die Räume zeigen. Die Schüler sind beeindruckt.

Einen unglaublichen Anpassungsprozeß gemeistert

Abends: Boltenhagen. Im Kurpark steht der Wahlkampfbus umlagert von Menschen. Im Kurpavillon spielt eine Band. Dann begrüßt der örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Otto Schmiedeberg die Gäste. Er verweist auf die gute Entwicklung entlang der mecklenburgischen Ostseeküste. Berndt Seite schlägt in seiner Ansprache den Bogen von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart. Die Menschen im Land haben einen unglaublichen Anpassungsprozeß gemeistert, in dessen



Verlauf viele persönliche Schwierigkeiten überwunden werden mußten. Jetzt könne man auf die ersten sichtbaren Erfolge schauen. Auf diese könnten alle Menschen im Land stolz sein. Im Anschluß an seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mischt sich der Ministerpräsident unter die Kurgäste und Einheimischen. Stundenlang diskutiert er mit Bürgern über den Aufbau Ost, die wirtschaftliche Lage, die Infrastruktur und über das Verhältnis zur PDS.

Berndt Seite appelliert an die Menschen: Weil wir klare Verhältnisse brauchen, brauchen wir auch klare Mehrheiten. Deshalb gibt es keine Stimmen zu verschenken. Wir haben die besseren Ideen, die besseren Inhalte und die besseren Köpfe! Deshalb gilt: Wer den wirtschaftlichen Aufbau des Landes fortsetzen will, der jetzt die ersten nicht zu übersehenden positiven Ergebnisse zeigt, muß den Kurs der CDU unterstützen.

Der Wahlkampftag endet spät in der Nacht. Am nächsten Tag ist Berndt Seite in Schwerin, dann geht es nach Vorpommern und Uecker-Randow. Noch bis zum 25. September ist der Spitzenkandidat der mecklenburg-vorpommerschen CDU im Land unterwegs.

Wahl 98: Nachtduell

„Nachtduell“ – so lautet der Titel einer zehnteiligen Sendereihe, die bereits vor der Bundestagswahl 1994 auf großes Zuschauerinteresse stieß. 20 Minuten lang diskutieren im September jeweils zwei Spitzenpolitiker der beiden politischen Lager über brisante Fragen und Antworten, über die am 27. September abgestimmt wird.

Im „Kampf um die Mitte“ treten die beiden Parteimanager von CDU und SPD gegeneinander an. **Peter Hintze** und **Franz Müntefering** bestreiten das „Nachtduell“ am Mittwoch, dem 9. September, um 23.00 Uhr.

„Neue Arbeit, aber wie?“ heißt die Frage im „Nachtduell“ am Donnerstag, 10. September, um 23.00 Uhr. Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** und **Walter Riester** sollen sie beantworten. Zum Abschluß diskutieren am Freitag, 11. September, um 22.50 Uhr der Vorsitzende der FDP, **Wolfgang Gerhardt**, und der finanzpolitische Koordinator der SPD, Hessens Ministerpräsident **Hans Eichel**, über den „Sozialstaat Deutschland“.

Hörfunkspots der Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten

	HR 1	WDR 2	WDR 4	DFunk	DRadio	SFB/88,8	ORB „Antenne Branden- burg“	SR 1	SR 3	SWR 1	SWR 4	MDR „live“	NDR 4
Mi., 9. 9.	11.56 H						11.52 H		14.07 H	17.53 H			
Do., 10. 9.		15.06 H			11.57 H	18.30 H						17.52 H	
Fr., 11. 9.							11.52 H		10.06 H				
Sa., 12. 9.													
So., 13. 9.													
Mo., 14. 9.						19.30 H	11.52 H					08.52 H	09.25 H
Di., 15. 9.		15.05 H			17.57 H			15.04 H				11.52 H	14.10 H
Mi., 16. 9.						14.30 H				12.53 H			11.55 H
Do., 17. 9.	15.56 H			14.27 H			17.52 H	11.04 H					
Fr., 18. 9.			13.06 H			18.30 H					07.53 H		14.10 H
Sa., 19. 9.													
So., 20. 9.													
Mo., 21. 9.					11.57 H		11.52 H		14.07 H		16.53 H	17.52 H	09.25 H
Di., 22. 9.						05.30 H							
Mi., 23. 9.			13.05 H						10.06 H			14.52 H	11.55 H
Do., 24. 9.													09.25 H
Fr., 25. 9.	18.56 H	15.06 H		18.57 H		19.30 H	17.52 H	15.04 H		12.53 H			14.10 H

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
[http://www.
cdu.de](http://www.cdu.de)

● T-ONLINE
*CDU#

● E-MAIL: post@www.cdu.de

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Aktuelle Aussiedlerpolitik

Fragen und Antworten

1. Werden Aussiedler in Deutschland bevorzugt?

In Deutschland hört man häufig das Vorurteil, Aussiedler erhielten vom Staat große Geldbeträge. Dies trifft nicht zu. Aussiedler erhalten soziale Hilfen grundsätzlich in gleicher Höhe wie Einheimische. Nach Eintreffen in Deutschland erhalten sie die Möglichkeit, einen Sprachkurs zu besuchen. Ebenfalls für sechs Monate erhalten sie die Eingliederungshilfe, die etwa der Höhe der Sozialhilfe entspricht.

Aussiedler halten in ihrem Familienverband eng zusammen. So ist zu erklären, daß sie oft alle zusammenlegen und manche – gerade große Familien – Häuser bauen. Häufig helfen sich die Familien dabei untereinander. Der Staat gewährt dazu nur die Hilfen, die auch Einheimische erhalten.

2. Wird der Zustrom der Aussiedler die Renten gefährden?

Die Aussiedler, die zu uns kommen, sind in der großen Mehrheit junge Familien mit vielen Kindern. 1995 waren 45,1 % der ankommenden Aussiedler jünger als 25 Jahre und nur 7,1 % älter als 65 Jahre.

Die sogenannten Fremdreten für Aussiedler sind gegenüber den im Inland erworbenen Renten um rund 40 % niedriger und liegen häufig nur knapp über der Sozialhilfe. Die Aussiedler tragen durch ihre

Sozialversicherungsbeiträge zur Finanzierung der Renten bei.

Im Ergebnis stützen die Aussiedler durch ihre günstige Altersstruktur unsere Renten. Dies wird sich in Zukunft eher noch verstärken, wenn die Kinder der Aussiedler in das arbeitsfähige Alter kommen.

3. Müssen wir um unsere Arbeitsplätze fürchten?

Schon seit Jahrzehnten werden Aussiedler bei uns aufgenommen. Ihre Eingliederung in unseren Arbeitsmarkt erfolgte in der Vergangenheit weitgehend problemlos. Wegen der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt ist auch die berufliche Eingliederung von Aussiedlern in den Arbeitsmarkt schwieriger geworden; sie gelingt aber auch heute, wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit erklärt. Aussiedler nehmen vielfach Beschäftigungen an, die einheimische Arbeitnehmer nur ungern übernehmen, weil sie z. B. gering bezahlt werden oder schwierige Arbeitsbedingungen bzw. ungünstige Arbeitszeiten haben.

4. Nehmen uns die Aussiedler die Wohnung weg?

Die Situation am Wohnungsmarkt hat sich insgesamt entspannt. In den Jahren 1991 bis 1997 sind in Deutschland mehr als 3,3 Mio. Wohnungen neu gebaut worden. Dazu haben die Maßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaus erheblich beigetragen.

Die Nachfrage nach preisgünstigen Wohnungen ist aber immer noch hoch. Deshalb wird die Förderung des sozialen Wohnungsbaus fortgesetzt. 1997 standen dafür rund 13,7 Mrd. DM Bundes- und Landesmittel zur Verfügung. Damit können etwa 105.000 Sozialwohnungen neu gebaut und – vor allem in den neuen Bundesländern – 138.000 Wohnungen modernisiert und instand gesetzt werden.

5. Sind die Aussiedler, die zu uns kommen, Deutsche?

Diese Frage wird häufig gestellt, weil gerade jüngere Aussiedler nicht mehr über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen oder Ehepartner Russen sind. Die Rußlanddeutschen lebten bis 1941 in geschlossenen Siedlungsgebieten, insbesondere in der deutschen Wolgarepublik und in der Ukraine. Sie sprachen deutsch, hatten ihre eigenen Schulen und hielten Kontakt zum Mutterland. Infolge des Zweiten Weltkrieges wurden sie aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben und in den asiatischen Teil der ehemaligen Sowjetunion verschleppt, weil sie Deutsche sein und bleiben wollten. Nach dem Willen der damaligen Machthaber sollte damit zugleich die deutsche Sprache verdrängt und durch die russische ersetzt werden. Um überleben zu können, mußten die Deutschen russisch lernen und sprechen. Dies ändert aber nichts daran, daß sie Angehörige der deutschen Volksgruppe sind. Trotz der schwierigen Verhältnisse bemühen sich viele Deutsche um die Verbesserung ihrer Deutschkenntnisse. Die Bundesregierung hilft dabei.

6. Wie wird festgestellt, ob es sich um deutsche Aussiedler handelt?

Diese Prüfung führt das Bundesverwaltungsamt in Köln in Zusammenarbeit mit den zuständigen Länderbehörden durch.

Ein Angehöriger der deutschen Minderheit, der aussiedeln will, muß von seinem Wohnort aus zunächst einen entsprechenden Antrag stellen. Durch Unterlagen und Zeugenaussagen hat er nachzuweisen, daß er Deutscher ist. Das Bundesverwaltungsamt prüft den Antrag und fordert unter Umständen zusätzliche Nachweise an. Auch werden durch die deutschen Auslandsvertretungen in großem Umfang Sprachtests vorgenommen. Bald wird es möglich sein, diesen Test bei jedem Ausreisewilligen durchzuführen. Das Bundesverwaltungsamt kann seine Entscheidung allerdings nicht allein treffen: Zuvor muß ein Bundesland zustimmen. Erst danach darf das Bundesverwaltungsamt einen sogenannten Aufnahmebescheid erteilen.

7. Warum kommen heute noch Aussiedler zu uns?

Aussiedler kommen heute überwiegend aus Rußland und Kasachstan. Sie haben als Rußlanddeutsche noch immer darunter zu leiden, daß sie, nur weil sie Deutsche sind, für den Überfall Hitlers auf die Sowjetunion mitverantwortlich gemacht und als Nazis, Faschisten und Kriegsverbrecher beschimpft wurden.

Durch das Aufbrechen von Nationalismus und Fundamentalismus im asiatischen Teil verschärft sich die Lage der Rußlanddeutschen weiter.

Viele haben sich jahrzehntelang vergeblich um eine Ausreise bemüht. Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz ist ab 1993 die Zuzugszahl begrenzt worden, um die Aussiedler besser integrieren zu können.

Ihre gleichmäßige Verteilung gewährleistet das Wohnortzuweisungsgesetz.

Die Aussiedler sind in ihrer Altersstruktur doppelt so jung und halb so alt wie die einheimische Bevölkerung. ■

Argumente

der Ost- und
Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU
(Union der Vertriebenen, Aussiedler und Flüchtlinge)

Grundsätze der Vertriebenenpolitik

Die CDU tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, das heißt: für ein internationales Volksgruppen- und Minderheitenrecht, für das Recht auf Heimat, für das Recht auf die eigene Sprache und die eigene Kultur.

Das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen ist gesamtdeutsches Schicksal. Die Vision eines geeinten Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, haben die Vertriebenen bereits 1950 in ihrer Stuttgarter Charta formuliert. Im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union müssen die Grundsätze

- ▶ Freiheit,
- ▶ Demokratie,
- ▶ Menschenrechte und
- ▶ Rechtsstaatlichkeit

in ganz Europa dauerhaft auch für Vertriebene verankert werden.

Die offenen Fragen aus der Vertreibung müssen in die Verhandlungen mit Polen und der Tschechischen Republik eingebracht und gemeinwohlverträglichen Lösungen zugeführt werden.

Die CDU tritt dafür ein, den gesetzlichen Auftrag des Bundesvertriebenengesetzes zur Wahrung, Pflege und Fortentwicklung des osteuropäischen Kulturgutes zu erfüllen. Die Kultur des deutschen Ostens und das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen und Aussiedler sind fester Bestandteil der deutschen Kulturation. Bund, Län-

der und Kommunen müssen dafür hinreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.

Unsere Leistungen von 1994 bis 1998

● Die CDU-geführte Bundesregierung hat 180 Mio. DM an Haushaltsmitteln für die ostdeutsche Kulturarbeit zur Verfügung gestellt, allein 43,1 Mio. DM 1997. Zum Vergleich: Die SPD hat dafür 1982 nur 4,17 Mio. DM bereitgestellt.

● Mehr als 520.000 Vertriebene in den neuen Bundesländern haben durch das Vertriebenenzuwendungsgesetz eine einmalige Zahlung erhalten. Bislang sind Mittel in Höhe von mehr als 2 Mrd. DM an die Betroffenen ausgezahlt worden.

Dagegen: Rot-Grün-Dunkelrot will streichen

● Grüne, PDS und Teile der SPD fordern die Kürzung bzw. sogar die völlige Streichung der Mittel für die ostdeutsche Kulturarbeit.

● Beispiel Niedersachsen: Schröder hat fast alle Mittel gestrichen, die Patenschaft für die Schlesier faktisch beendet; der Bund der Vertriebenen wurde aus dem NDR-Rundfunkrat entfernt.

● Grüne und PDS versuchen, mit dem Mittel parlamentarischer Anfragen die Vertriebenenverbände in eine extremistische und friedensstörende Ecke zu stellen.

● Die SPD verharmlost die Vertreibung aus der angestammten Heimat als „Aussiedlung“ und „logische Konsequenz der Kriegsergebnisse“.

Besondere Verantwortung für Spätaussiedler

Die CDU garantiert Aussiedlern, die die Aufnahmevoraussetzungen erfüllen, daß sie auch weiterhin nach Deutschland kommen können. Sie müssen sich hier aber integrieren. Hilfen müssen so gestaltet werden, daß sie auch von der einheimischen Bevölkerung mitgetragen werden können. Die Hilfen im einzelnen:

- Sprachförderung und Eingliederungshilfen: 1,5 Mrd. DM; daneben allgemeine Hilfen wie Wohn- und Kindergeld,
- Sprachkurse und Sprachprüfungen bereits im Herkunftsland,
- Einbeziehung der Spätaussiedler in das Rentensystem. Aber: Fremdreten werden durch einen pauschalen Abschlag auf 60% reduziert. Sie sollen nicht höher als die Eingliederungshilfe sein.

Unsere Erfolge:

- Die Aussiedlerzahlen sinken. Viele Spätaussiedler nehmen ihren Aufnahmebescheid nur als „Sicherheitspapier“ für den Notfall – mit der Folge: 1997 kamen 43.332 Spätaussiedler weniger nach Deutschland als 1996. Die Zahl der Aussiedlungsanträge ging ebenfalls zurück: um 21.181 im selben Zeitraum.
- Die Sprachoffensive seit 1996 greift: Aussiedler und deren Familien, die nach Deutschland kommen, verfügen über bessere Grundkenntnisse. 1997

gab es über 6.000 Deutschkurse in Rußland und Kasachstan mit rund 100.000 Teilnehmern in über 600 Orten.

● Das Wohnortezuweisungsgesetz hat sich bewährt. Spätaussiedler werden danach (Bindefrist bis zum Jahr 2000) über ganz Deutschland verteilt und nicht ausschließlich in bestimmten Regionen. Freie Wohnortwahl allerdings, wenn Aussiedler nicht auf öffentliche Leistungen angewiesen sind.

Was wir für die Zukunft wollen:

Das neue Förderkonzept der Bundesregierung sieht für eine verbesserte Integration ferner vor:

- mehr Integrationsmaßnahmen am Wohnort der Spätaussiedler,
- verstärkte Förderung von jugendlichen Spätaussiedlern,
- stärkere Berücksichtigung der neuen Bundesländer und
- Fortführung erfolgreicher Projekte, z. B. des Projekts „Sport mit Aussiedlern“.

SPD-Initiativen gegen die Interessen der Aussiedler:

- Die SPD will z. B. eine Ausschußfrist für Aussiedlungsanträge und die Einreise nach Deutschland. Die Union hat den entsprechenden Antrag im Bundesrat abgelehnt.
- Die SPD will den Rußlanddeutschen das ihnen gemeinsame Kriegsfolgenschicksal aberkennen. Die Union hat den entsprechenden Antrag abgelehnt.

„Allein CDU und CSU sind die verlässlichen Partner von Vertriebenen und Aussiedlern.“

Helmut Sauer, Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU

Sehr wichtig: Machen Sie auf die Briefwahl aufmerksam

An keinem Canvassing-Stand, bei keinem Hausbesuch, bei keinem Bürgergespräch dürfen sie fehlen: Unsere Briefwahlprospekte, mit denen wir auf die Möglichkeit der Briefwahl aufmerksam machen und gleichzeitig zeigen, wie es gemacht wird. Bestellen Sie in unserem Versandzentrum! ● Bestell-Nr.: 2439 ● 500 Expl. = 50 DM

Die Reihenfolge der Parteien auf den Stimmzetteln

Warum ist die Reihenfolge der Parteien auf den Stimmzetteln für die Bundestagswahl am 27. September 1998 nicht im ganzen Bundesgebiet gleich? Zu dieser immer wieder gestellten Frage teilt der Bundeswahlleiter folgendes mit:

An den ersten sechs Stellen sind auf beiden Seiten des Stimmzettels jeweils die Wahlkreiskandidaten und die Landeslisten der schon im 13. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in der Reihenfolge aufgeführt, wie sie der bei der Bundestagswahl 1994 in dem betreffenden Land erreichten Zahl von Zweitstimmen entspricht. Die Listenplätze 1 und 2 sind damit in allen 16 Ländern an CDU, CSU oder SPD vergeben. In Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Berlin und Brandenburg steht die SPD auf Platz 1, in allen übrigen Ländern die CDU, in Bayern die CSU. Den Listenplatz 3 nehmen jeweils in fünf Ländern FDP (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern) und GRÜNE (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Hessen

und im Saarland) ein, in den neuen Ländern und Berlin folgt auf diesem Listenplatz die PDS.

Die GRÜNEN belegen in neun Ländern (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen) den Listenplatz 4, der in den übrigen Ländern der FDP zusteht.

Listenplatz 5 wird in den alten Ländern von der PDS, in Sachsen-Anhalt von den GRÜNEN und in den übrigen neuen Ländern sowie Berlin von der FDP besetzt.

Nach diesen Parteien folgen die übrigen noch nicht im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien mit ihren Landeslisten in alphabetischer Reihenfolge.

Auf der linken Seite des Stimmzettels, auf der die Namen der jeweiligen Wahlkreisbewerber in der Reihenfolge der Landeslisten aufgeführt sind, folgen am Schluß die Wahlkreisvorschläge von Parteien ohne Landeslisten und von Wählergruppen oder Einzelbewerbern.

Briefwahl

denn jede Stimme zählt!

CDU

**Bitte diesen Coupon ausgefüllt
im verschlossenen und frankierten
Umschlag an Ihre Gemeinde- bzw.
Stadtverwaltung, gegebenenfalls
an das Bezirksamt des Wohnbezirks
schicken!**

Betrifft: Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheines mit den Briefwahlunterlagen für die Wahl zum Deutschen Bundestag*/für die Landtagswahl*/und die Kommunalwahlen* am 27. September 1998:

Ich versichere, daß ich wegen _____
am Wahltag mein zuständiges Wahllokal nicht aufsuchen kann. Ich beantrage hiermit den Wahlschein
und die Unterlagen für die Briefwahl.

Familienname _____ Vorname _____ Geburtsdatum _____

Wohnung _____

Die Wahlunterlagen sollen an meine obige Anschrift geschickt werden

Die Wahlunterlagen sollen an mich an folgende Anschrift geschickt werden

Vor- und Familienname _____

Straße _____ PLZ/Ort _____

Die Wahlunterlagen werden (mit schriftlicher Vollmacht) ausnahmsweise abgeholt

Ort/Datum _____ Unterschrift _____

*nicht Zutreffendes bitte streichen



Briefwählen: so wird's gemacht

Füllen Sie den Antrag für die Briefwahlunterlagen vollständig aus, unterschreiben Sie, trennen Sie ihn ab und stecken Sie ihn in einen Umschlag. Den verschlossenen und mit 1,10 DM frankierten Umschlag schicken Sie dann an Ihre zuständige Gemeindebehörde. Bitte geben Sie einen wichtigen Grund (z. B. Urlaub, Beruf, Krankheit, Umzug oder hohes Alter) an; Sie erhalten die Briefwahlunterlagen daraufhin zugesandt.

Wichtig

Wer den Antrag für einen anderen stellt oder die Briefwahlunterlagen für einen anderen (nur bei dessen nachgewiesener plötzlicher Erkrankung) abholt, muß durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, daß er dazu berechtigt ist.

Beide Stimmen für die CDU!

Bei der Bundestagswahl hat jeder Wähler zwei Stimmen. Die Erststimme gibt er seinem Wahlkreiskandidaten. Der Kandidat mit den meisten Stimmen im Wahlkreis zieht direkt in den Bundestag ein.

CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	CDU

Mit der Zweitstimme entscheidet sich der Wähler für die Landesliste einer Partei. Nach der Zweitstimme bemißt sich die Zahl der Sitze, die jede Partei im Parlament erhält.

Daher **beide** Stimmen für die CDU!

So unterstützen Sie die erfolgreiche Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Bundestagswahl am 27. September



CDU

Niedersachsen

Eine düstere Bilanz

- **Die Staatsverschuldung in Niedersachsen** ist in den Jahren 1991 – 1997 um 43 Prozent gestiegen. Kein anderes westdeutsches Flächenland hat so miserabel gewirtschaftet. Dementsprechend sieht die Pro-Kopf-Verschuldung aus: In Schröders Landesfinanzen schlagen für jeden Niedersachsen fast 8.000 DM Staatsschulden zu Buche.
- **Schröder sitzt in Niedersachsen in der Schuldenfalle.** Dreimal in dieser Legislaturperiode mußte der niedersächsische Staatsgerichtshof die Finanzpolitik Schröders als Verfassungsbruch verurteilen.
- Unter den westdeutschen Flächenländern hat Schröders Niedersachsen **mit 10,8 Prozent mit die höchste Arbeitslosenquote** zu verzeichnen. Nur das Saarland, wo der SPD-Vorsitzende Lafontaine regiert, steht mit 11,3 Prozent noch schlechter da, während Ba-

den-Württemberg mit einer Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent und Bayern mit 6,4 Prozent an der Spitze liegen.

- **Katastrophale Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen.** Die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen liegt bei 13,9 Prozent, während sie in Bayern nur 6,0 Prozent und in Baden-Württemberg nur 7,0 Prozent beträgt.

Selbst Rudolf Scharping war der Meinung, Schröder habe den Landeshaushalt in Niedersachsen total ruiniert. (Stern, 6. Juli.1995)

- **In Niedersachsen kürzt die SPD unsozial und ungerecht.** Beispiel: Kürzungsorgie in Niedersachsen: Hilfe für Einrichtungen und Maßnahmen für Senioren 1997 gestrichen. Erholungsmaßnahmen für Schwerbehinderte 1997 gestrichen. Programm Jugend-Arbeit-Chance 1998 gestrichen.
- **Die Landesverwaltung wurde um 9.700**

zusätzliche Stellen aufgebläht, Personalausgaben auf Rekordhöhe geschraubt. Fast jede zweite D-Mark des Landeshaushaltes fließt heute in Personalausgaben (Personalausgabenquote des Landeshaushaltes: 42,6 Prozent).

- **Während das Bruttoinlandsprodukt 1997 in Baden-Württemberg um 2,6 Prozent gesteigert werden konnte, erzielte Schröder nur einen Zuwachs von 1,5 Prozent.** Ähnlich düster sieht es bei Wirtschaftsleistungen je Einwohner aus: Niedersachsen brachte es 1997 nur auf 40.290 DM, während im „Musterländle“ jeder Einwohner 50.337 DM erwirtschaftet.
- **Die Pleitenquote ist in Niedersachsen um mehr als ein Drittel höher als in Baden-Württemberg.** Das liegt auch daran, daß Schröder den Mittelstand nicht richtig fördert: Auf 10.000 Niedersachsen kommen gerade einmal 73 Handwerksbetriebe, 50 Prozent weniger als in Baden-Württemberg.

Schröder hat zu Hause versagt!

● **Rubbelkarten-Spiel mit Gewinnmöglichkeit**

Auf neun freizurubbelnden Feldern werden vier Aussagen für die Politik der CDU sowie vier Argumente gegen Rot-Grün abgedruckt. Das neunte Feld enthält eine Joker-Funktion. Das Spiel ist so angelegt, daß die Bürger bei drei freigerubbelten CDU-Symbolen an der zentralen Verlosung eines Hauptpreises teilnehmen können. Es verliert nur derjenige, der mehrheitlich Rot-Grün betreffende Symbole freirubbelt. Ausnahme: Wenn der Joker freigerubbelt wird, darf automatisch an der Verlosung des Hauptpreises teilgenommen werden. Zusätzliche Modalitäten wie z.B. Kleinpreise bei ein oder zwei richtigen Symbolen kann jeder vor Ort selbst bestimmen. Wir empfehlen hierfür kleine give-aways aus dem Sortiment unseres Versandzentrums.

Die Rubbelkarten sind in Einheiten zu 240 Expl. mit jeweils verschiedenen Feldern verpackt, das heißt die Gewinnfelder sind auf jeder Karte wieder neu verteilt.

Bestell-Nr.: 9497 · Verpackungseinheit: 1 Set à 240 Expl. · Preis je 1 Set: 25,50 DM



Der „Renner“ auch am ÖA-Stand in der Dortmunder Westfalenhalle am 23. August

ge Wahl!

Rubbeln Sie genau fünf Felder frei! Bei einem Symbolerwerb oder einer Mehrheit mit grünen Feldern haben Sie verloren! Ausnahme: Wenn dem Symbolerwerbbarkeit, kommt in jedem Fall an der Verlosung teil. Werklasse wählt! CDU

● **CDU-Maxi-Regenschirm**

Achtung! Für die im Informations- und Werbemittel-Gesamtangebot 2/1998 (UiD Extra 25/1998) verwendete Bezeichnung „Jumbo-Regenschirm“ sind von einem anderen Hersteller Schutzrechte geltend gemacht worden. Unser Schirm wird daher ab sofort nur noch unter der Bezeichnung „Maxi-Regenschirm“ vertrieben.

Bestell-Nr.: 9439
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 9,45 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

Sicherheit statt Risiko

Für Deutschland

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, featuring the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font. The logo is positioned in the bottom right corner of the main graphic area, which has a background of a stylized German flag with a blue and yellow star.

Kostenlose Grundausrüstung: Die Auslieferung dieses Schlußplakates im Format DIN A1 und A0 erfolgt bis 14. September.

UiD

29/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89, **Verlagsleitung:** Bernd Profflich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.